

Vorwort

Mit dem Integrationsbericht 2009 legt das Amt für Zuwanderung und Integration den sechsten jährlichen Bericht zum Stand der Umsetzung des im Februar 2004 beschlossenen Integrationskonzeptes vor. Gleichzeitig ist es der letzte Integrationsbericht zu der ersten Fassung des Integrationskonzeptes.



Nach Durchführung einer Integrationskonferenz am 18. Juni 2009 mit sehr engagierter Mitarbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den unterschiedlichsten integrationsrelevanten Bereichen hat die Stadtverordnetenversammlung im November 2009 die erste Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2014 beschlossen.

Die erste Fortschreibung des Integrationskonzeptes 2010 bis 2014 legt nicht nur neue inhaltliche Ziele und Handlungsfelder der Wiesbadener Integrationspolitik für die nächsten 5 Jahre fest, sondern trägt auch den neueren Entwicklungen der praxisorientierten Integrationsarbeit und der wissenschaftlichen Integrationsforschung Rechnung.

So verliert der defizitorientierte Blickwinkel auf Menschen mit Migrationshintergrund trotz der unvermindert fortbestehenden Aufgabe der Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Lebenslagen an Bedeutung. Er wird zunehmend stärker ergänzt durch den Blick auf die besonderen Potentiale, Ressourcen und Chancen, die sich in vielen Fällen aus persönlicher Migrationserfahrung oder kultureller Verschiedenheit ergeben. Mit Spannung wird man auch verfolgen dürfen, ob und welche neuen Erkenntnisse der Ansatz zur Untersuchung von Migrantenmilieus ergeben wird.

Das Integrationskonzept 2010 bis 2014 trägt auch den teilweise gravierenden Veränderungen der Rahmenbedingungen kommunaler Integrationspolitik Rechnung. Dieser Kontext kommunaler Integrationsarbeit hat sich in den vergangenen 5 Jahren erheblich verändert. So hat sich der Bund mit Nationalem Integrationsplan und Islamkonferenz erstmals intensiv der Integrationsaufgabe angenommen und mit dem zum 01.01.2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz konkrete Vorschriften zur Integrationsförderung in das Zuwanderungsrecht des Bundes aufgenommen. Dabei

werden als Kernstück nicht nur die Integrationskurse für Zuwanderer bundesweit flächendeckend verpflichtend eingeführt, sondern auch deren Finanzierung übernommen.

Es freut mich besonders, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden 2009 als eine der 5 Modellregionen Integration vom Land Hessen ausgewählt wurde. Der Auftaktworkshop fand im Januar 2010 mit dem Handlungsschwerpunkt Arbeit statt.

Wie im vergangenen Jahr möchte ich an dieser Stelle dem Amt für Zuwanderung und Integration, allen anderen städtischen Ämtern und Organisationseinheiten, dem Ausländerbeirat sowie allen an der Integrationsarbeit Mitwirkenden für ihre Arbeit und ihr Engagement danken.



Birgit Zeimetz
Stadträtin
Dezernentin für Bürgerangelegenheiten und Integration

Inhalt

	Seite
1	Zu diesem Bericht 1
2	Stand der Integration..... 2
2.1	Wiesbadener Monitoringsystem zur Integration..... 2
2.2	Ergebnisse 2009 4
3	Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz..... 17
3.1	Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen..... 17
3.2	Zielgruppen, Struktur, Dauer und Inhalt des Integrationskurses 23
4	Einbürgerungen..... 25
4.1	Zahlen und Fakten 25
4.2	Einbürgerungsfeiern 27
5	Sachstand zu den Handlungsfeldern 29
5.1	Sprachkompetenz 29
5.2	Bildung 35
5.3	Teilhabe am Arbeitsmarkt..... 44
5.4	Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil 48
5.5	Gesundheitsversorgung, Pflege und Beratung 52
5.6	Integrationskompetenz der Verwaltung 65
6	Schlüsselprojekte 67
6.1	Gemeinsam leben in Biebrich - Integrationslotsinnen im Stadtteil..... 67
6.2	Integration durch Sport..... 72
7	Wiesbadener Integrationspreis 75
8	Mädchen, Frauen und Integration..... 77
8.1	Interkulturelles Frauennetzwerk 77
8.2	Frauenarbeit im Stadtteil und Moscheevereinen..... 78

1 Zu diesem Bericht

Auf Basis des im Februar 2004 beschlossenen Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt Wiesbaden wird hiermit der sechste Integrationsbericht vorgelegt. Wesentlicher Bestandteil dieses Berichtes sind Aussagen zum Fortgang der Umsetzung der im Integrationskonzept beschlossenen sechs Handlungsfelder.

Wie bereits in den vorangegangenen Integrationsberichten wird für die einzelnen Handlungsfelder jeweils systematisch berichtet zu

- Steuerung und Vernetzung,
- den konkreten Projekten und
- den weiteren Planungen.

Einige Projekte aus 2009 nehmen in der Integrationsarbeit eine Schlüsselstellung ein und werden daher etwas umfassender dargestellt.

Ein weiterer Bestandteil des Integrationskonzeptes und damit dieses Berichtes sind Aussagen zu Stand und Wirkungen der Integration und zu Veränderungen von Kontextbedingungen der Integrationspolitik. Basis hierfür sind die aktuellen Daten des Wiesbadener Monitoringsystems - ein Produkt des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik - anhand derer die Entwicklungen der Integration in den verschiedenen Dimensionen aufgezeigt wird.

2 Stand der Integration

2.1 Wiesbadener Monitoringsystem zur Integration

Monitoring als Element der Wiesbadener Integrationsberichterstattung

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist Bestandteil des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden, dessen erste Fortschreibung 2010 - 2014 von der Stadtverordnetenversammlung am 19. November 2009 verabschiedet wurde.

Ziele des Monitorings

Es verfolgt das Ziel, den Stand des Integrationsprozesses und seine Entwicklung regelmäßig aufzuzeigen und zu interpretieren. Es soll erkennen lassen, wo Integration erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen (noch) Defizite bestehen. Das Integrationsmonitoring erfüllt primär die Aufgaben der Sensibilisierung und der Frühwarnung, es nimmt darüber hinaus auch eine strategische Controllingfunktion wahr. Als Diagnoseinstrument hat es zur Neuausrichtung der Leitlinien und Handlungsziele im Rahmen der ersten Fortschreibung des Integrationskonzeptes beigetragen. Mit dem vorliegenden „Bericht 2010“ wird die Dokumentation nunmehr im siebten Jahr fortgesetzt.

Nicht alles kann auf kommunaler Ebene gesteuert werden

Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

Wiesbadener Verständnis von Integration

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration „den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität. Dazu gehört der konstruktive Umgang aller

Beteiligten mit Vielfalt und Verschiedenheit.“
(Integrationskonzept, 1. Fortschreibung 2010 - 2014).

Dimensionen des Integrationsprozesses

Sie gliedert den Integrationsprozess in vier Dimensionen:

- Strukturelle Integration
(= Eingliederung der Migranten in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft)
- Kulturelle Integration
(= Spracherwerb und Wertvorstellungen)
- Soziale Integration
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft) sowie
- Identifikatorische Integration
(= Zugehörigkeitsgefühl).

25 Indikatoren zur Messung von Integration

Das Monitoringsystem greift diese Definition und Gliederung auf und bildet mit insgesamt 25 Kennzahlen den Integrationsprozess ab. Rund die Hälfte der Indikatoren unterscheidet in herkömmlicher Weise zwischen Ausländer/innen und Deutschen; bei den übrigen Kennziffern konnte ein Bezug zum „Migrationshintergrund“ hergestellt werden.

2.2 Ergebnisse 2009

Strukturelle Integration

*Rechtliche Integration
stetig vorangeschritten*

Ein gesichertes Aufenthaltsrecht ist sowohl eine Voraussetzung für weitere Integrationsschritte als auch ein Ergebnis tatsächlicher Integration. Mittlerweile verfügen fast drei Viertel der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder besitzen eine Staatsangehörigkeit der Europäischen Union, die ihnen Freizügigkeit und ein sicheres Aufenthaltsrecht verschafft. Gut die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer in Wiesbaden würde im Hinblick auf Aufenthaltstitel und -dauer sogar die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen.

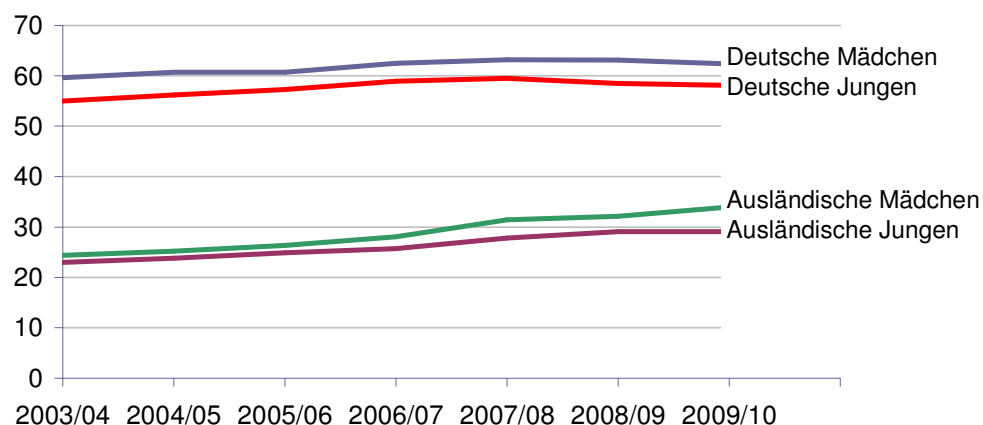
*Positive Tendenz
beim Kindergartenbesuch*

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Elementar Einrichtung mindestens 18 Monate besucht haben, ist gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen. Der Zuwachs war höher als bei den einheimischen Kindern - mit der Folge, dass sich der Abstand zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund verringert hat. In Zahlen: 92 % der Migrantenkinder und knapp 98 % der Kinder ohne Migrationshintergrund besuchen ausreichend lange den Kindergarten und haben so die Chance auf einen leichteren Start im Schulsystem.

*Integration
in das Bildungssystem*

Seit Jahren hat sich die Gymnasialquote unter den ausländischen Kindern stetig erhöht. Sie liegt heute bei 31,5 %, das sind rund 8 Prozentpunkte mehr als noch vor sechs Jahren. Im letzten Jahr waren es vor allem die ausländischen Mädchen, die die Bilanz verbesserten. Die insgesamt erfreuliche Entwicklung sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unterschiede im Schulbesuch zwischen deutschen und ausländischen Kindern immer noch erheblich sind. Schließlich liegt der Anteil der Gymnasiasten bei den deutschen Kindern und Jugendlichen an weiterführenden Schulen mit 60,3 % nahezu doppelt so hoch. Die Verbesserung der Bildungsbeteiligung bei der ausländischen Bevölkerung stellt also eine integrationspolitische Daueraufgabe dar.

Bild 1:
Anteil der Gymnasialschüler an weiterführenden Schulen (in %)



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



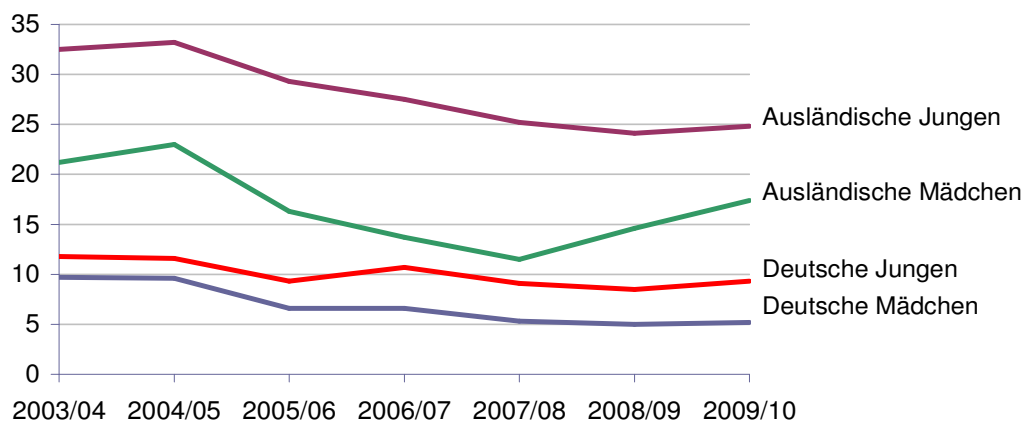
Weniger ausländische Schulabgänger ohne Abschluss

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei den erreichten Schulabschlüssen beobachten. Die Quote der ausländischen Schulabgänger ohne Abschluss konnte reduziert werden, liegt aber immer noch doppelt so hoch wie bei den deutschen Schülern.

*Wirtschaftskrise
erschwert den Berufseinstieg*

Der Konjunktur einbruch dürfte dafür verantwortlich sein, dass die seit Jahren zu beobachtende Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt für ausländische Jugendliche einen leichten Dämpfer erhielt. Die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler ohne Ausbildungsvertrag liegt bei 21,5 % (Vorjahr: 19,6 %). Allerdings blieben auch deutsche Jugendliche von der Krise nicht verschont; von ihnen waren 7,5 % (Vorjahr: 7,0 %) ohne vertragliches Ausbildungsverhältnis.

Bild 2:
Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)



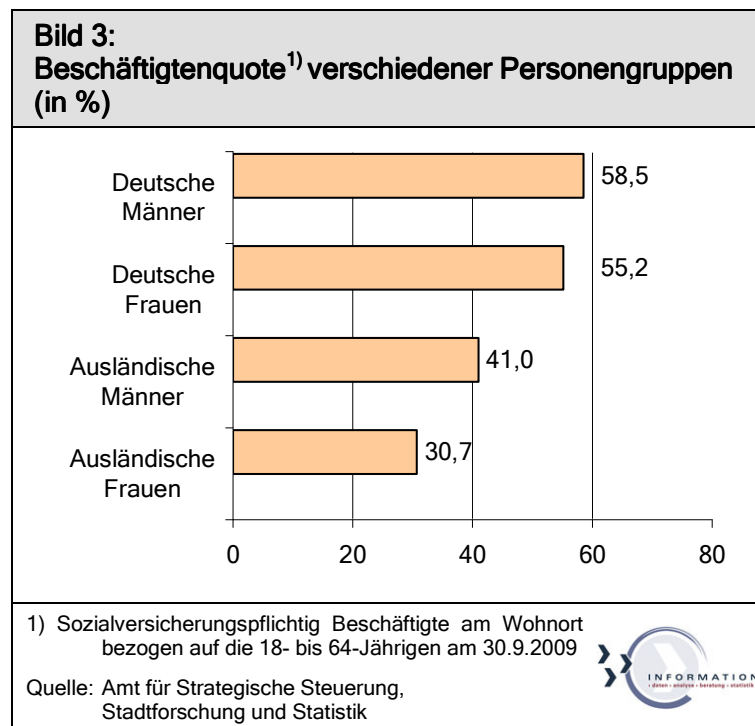
Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



Die Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen ist besonders niedrig

Die Situation auf dem Wiesbadener Arbeitsmarkt hat für Ausländer Licht und Schatten. Die Beschäftigtenquote gibt als neuer Indikator Auskunft darüber, inwieweit die Wiesbadener Ausländerinnen und Ausländer in den Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung integriert sind. 36 % der 18- bis 64-Jährigen Ausländer und 57 % der erwerbsfähigen Deutschen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Besonders gering ist die Erwerbsbeteiligung der ausländischen Frauen (s. Bild 3). Im Integrationskonzept 2010 - 2014 ist aus diesem Grund ein Handlungsziel im Bereich „Arbeit“, den Anteil von Frauen an der sozialversiche-

rungspflichtigen Erwerbsarbeit zu erhöhen.



Berufliche Qualifizierung hat sich in den letzten fünf Jahren verbessert ...

Durchweg Positives lässt sich zur Ausbildungssituation ausländischer Beschäftigter vermelden. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer, die über keine bzw. über keine in Deutschland anerkannte Berufsausbildung verfügen, ist erfreulicherweise im vergangenen Jahr erneut leicht gesunken und liegt nun bei 25 %. Vor fünf Jahren lag dieser Wert noch bei 35 %. Trotz dieser positiven Entwicklung sind ausländische Beschäftigte nach wie vor schlechter qualifiziert als ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen.

... der Anteil der geringfügig Entlohnten ist wieder gestiegen

Der Anteil der ausländischen Minijobber an allen ausländischen Beschäftigten zeigt sich im Zeitverlauf ungleich. Von 2003 bis 2005 - Jahre sinkender Beschäftigung - ist dieser Wert von 13,4 % auf 17,5 % angestiegen. Von 2005 bis 2008 - Jahre steigender Beschäftigung - fällt dieser Anteil kontinuierlich, liegt aber mit 15,9 % immer noch höher als der Wert von 2003. Der Wirtschaftskrise ist es zu „verdanken“, dass im Jahr 2009 die Zahl der Minijobber wieder gestiegen ist - auf fast 17 %. Dieses

Ergebnis ist ein Indiz dafür, dass ausländische Beschäftigte auf dem deutschen Arbeitsmarkt immer noch sehr viel stärker eine Pufferfunktion einnehmen als das bei deutschen Beschäftigten der Fall ist.

Die Arbeitslosigkeit hat sich erhöht - für Ausländer deutlicher als für Deutsche

Die Wirtschaftskrise hat auch vor dem Wiesbadener Arbeitsmarkt nicht Halt gemacht. So ist die Arbeitslosenquote der Ausländer im vergangenen Jahr von 13,5 % auf 15,2 % angestiegen. Insbesondere ausländische Frauen sind von Arbeitslosigkeit betroffen - ihre Quote liegt bei 18,2 %. Deutsche hatten ebenfalls unter den ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu leiden - ihre Arbeitslosenquote ist ebenfalls gestiegen, wenn auch nicht so deutlich wie bei den Ausländern. Aber auch hier muss konstatiert werden, dass Ausländer immer noch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Deutsche.

Nur wenige Migranten leben in den eigenen vier Wänden

Ein Indikator, der die Integration in den Wohnungs- und Immobilienmarkt misst, ist die Eigentümerquote, also der Anteil der Haushalte, die über selbst genutztes Wohneigentum verfügen. Er liegt bei Migranten mit 8,6 % etwa nur ein Drittel so hoch wie bei Einheimischen - mit leicht positiver Tendenz in den letzten Jahren.

Kulturelle Integration

Jeder zweite Schulanfänger ausländischer Herkunft hat Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache

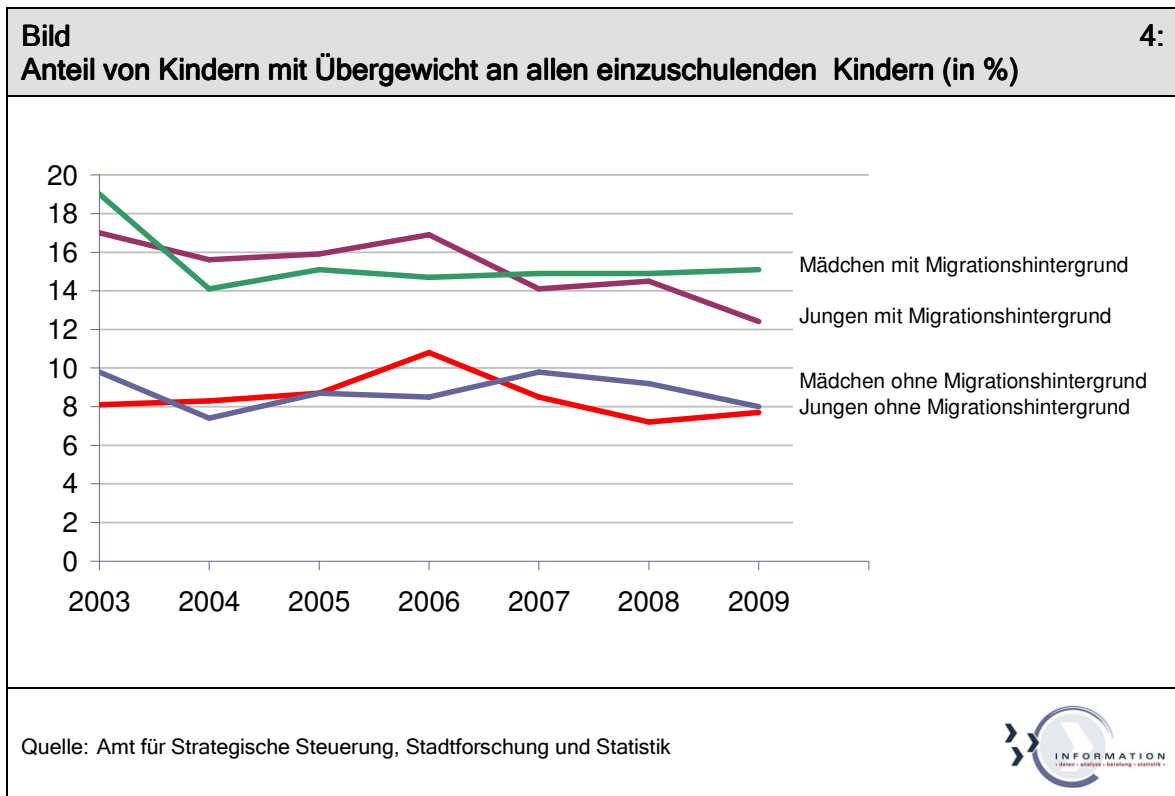
Im Mittelpunkt der kulturellen Integration steht der - möglichst frühzeitige - Erwerb der deutschen Sprache als entscheidende Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Anlässlich der vom Gesundheitsamt durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen wurden im Jahr 2009 bei 51,2 % der einzuschulenden Migrantenkinder Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache festgestellt - und zwar hinsichtlich Wortschatz, Grammatik oder Sprachverständnis. Wie schon in den vergangenen Jahren betraf der Befund die untersuchten ausländischen Jungen (56,1 %) sehr viel stärker als die Mädchen (46,2 %). Insgesamt haben sich die Sprachkenntnisse in den letzten Jahren kaum verbessert. Da die Beherrschung der deutschen Sprache aber ein Schlüssel zur Integration ist, sollten die erhobenen Befunde Anlass für eine noch intensivere Vermittlung und Förderung von Sprachkenntnissen bei Kindern im Vorschulalter sein.

Gesundheitsvorsorge wird gut wahrgenommen

Das Monitoringsystem enthält zwei Kennzahlen zur Gesundheitssituation von Schulanfängern, die ebenfalls aus den jährlich durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen stammen. Demnach nehmen derzeit 86,9 % der Kinder deutscher Herkunft und 76,4 % der Migrantenkinder an der letzten Früherkennungsuntersuchung („U9“) vor der Einschulung teil. Insbesondere bei Kindern ohne Migrationshintergrund ist hier seit Jahren die Tendenz zu einer höheren Teilnahmebereitschaft zu beobachten. Im Zusammenhang mit der seit 2008 verbindlichen Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen nach dem Kindergesundheitsschutz-Gesetz dürften sich die Quoten künftig weiter erhöhen.

Kinder ausländischer Herkunft häufiger zu dick

Keine bedeutsame Veränderung dagegen gibt es bei der Zahl übergewichtiger Schulanfänger: Nach wie vor wird der Befund „Übergewicht“ bei Kindern ausländischer Herkunft viel häufiger erhoben als bei Kindern deutscher Eltern.



Soziale Integration

Indikatoren zur sozialen Integration

Im Bereich „Multikulturelles Zusammenleben“ weist das Monitoringsystem zwei Indikatoren zum Heiratsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund aus. So wird die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen als Maßstab dafür genommen, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingegliedert haben. Als Kennzahl dient hier die „Einheiratsquote“, die den Anteil derjenigen unter allen eheschließenden Migranten angibt, die in die deutsche Gesellschaft einheiraten.

Interethnische Ehen ...

Diese Quote lag in den letzten Jahren um 30 %, d. h. rund drei von zehn Personen ausländischer Herkunft, die heirateten, schlossen die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. Es fällt auf, dass Frauen ausländischer Herkunft etwas häufiger in die deutsche Gesellschaft einheiraten als Männer.

... und Partnersuche im Herkunftsland

Während ein hoher Anteil von Ehen zwischen Migranten und Einheimischen auf soziale Annäherung und damit auf Integrationsfortschritte hinweist, stellen Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt, ein Integrationsrisiko dar. Im vergangenen Jahr hatte bei 40 % der Eheschließungen zwischen Migranten einer der beiden Partner den Wohnsitz im Ausland. In zwei Dritteln der Fälle handelte es sich dabei um die Ehefrau. In den Jahren 2007 und 2008 war die Quote spürbar gesunken - nicht zuletzt, weil der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen an zusätzliche Bedingungen (darunter den Nachweis einfacher Deutschkenntnisse) geknüpft wurde. Dass im vergangenen Jahr die Quote wieder anstieg, könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Infrastruktur zum Erlernen der Deutschkenntnisse in den Herkunftsländern inzwischen aufgebaut ist und sich auch die Betroffenen besser auf die Anforderungen einstellen und vorbereiten.

Identifikatorische Integration*Die wenigsten lösen ihren
Einbürgerungsanspruch ein*

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, bewegte sich in der Vergangenheit stets auf niedrigem Niveau. Jahr für Jahr kommen auf 100 Berechtigte nur rund zwei bis drei Einbürgerungen. Offensichtlich sind die Vorteile eines Staatsangehörigkeitswechsels aus Sicht vieler Ausländerinnen und Ausländer, insbesondere aus Ländern der EU, begrenzt.


Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾		
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
▶ A. Strukturelle Integration								
▶ A.1 Rechtliche Integration								
A.1.1 Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit (in %)	a)	2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009	62,1 66,6 65,4 66,5 68,7 70,5 73,9	62,6 67,7 66,4 67,4 69,6 71,3 75,1	61,6 65,5 64,5 65,5 67,9 69,7 72,8	x x x x x x x	x x x x x x x	x x x x x x x
A.1.2 Anteil der Ausländer mit Anspruch auf Einbürgerung (in %)	a)	2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009	49,1 49,4 50,5 52,1 51,6 52,2 54,0	48,7 49,1 51,4 52,3 51,7 52,4 54,0	49,6 49,7 49,5 51,8 51,5 52,0 54,1	x x x x x x x	x x x x x x x	x x x x x x x
▶ A.2 Integration in das Bildungssystem								
A.2.1 Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten (in %)	b)	2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009	87,2 87,6 87,4 90,3 93,5 89,2 91,9	84,8 89,3 86,7 89,1 93,5 89,3 91,9	89,9 85,7 88,3 91,6 93,4 89,2 91,9	96,6 95,6 94,9 95,2 95,8 97,1 97,7	97,2 95,6 94,7 94,8 96,5 97,0 97,5	95,9 95,6 95,1 95,7 95,0 97,2 97,8
A.2.2 Anteil der Gymnasialschüler an weiterführenden Schulen (in %)	a)	2003/04 2004/05 2005/06 2006/07 2007/08 2008/09 2009/10	23,7 24,5 25,7 26,9 29,6 30,6 31,5	23,0 23,8 24,9 25,7 27,8 29,1 29,1	24,4 25,2 26,4 28,1 31,4 32,1 34,0	57,4 58,5 59,0 60,7 61,4 60,8 60,3	55,0 56,2 57,3 58,9 59,5 58,5 58,1	59,6 60,7 60,7 62,5 63,2 63,1 62,4
A.2.3 Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss (in %)	a)	2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009	14,0 16,3 16,2 11,5 . 11,6 10,2	16,9 19,1 17,9 13,4 . 10,7 11,6	11,0 12,7 14,4 9,6 . 12,3 9,0	4,7 5,3 6,8 5,8 . 4,7 4,8	5,8 6,1 9,5 7,1 . 5,8 5,5	3,8 4,6 4,4 4,6 . 3,7 4,2
A.2.4 Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)	a)	2003/04 2004/05 2005/06 2006/07 2007/08 2008/09 2009/10	27,7 28,7 23,7 21,1 18,9 19,6 21,5	32,5 33,2 29,3 27,5 25,2 24,1 24,8	21,2 23,0 16,3 13,7 11,5 14,6 17,4	10,8 10,7 8,1 8,9 7,4 7,0 7,5	11,8 11,6 9,3 10,7 9,1 8,5 9,3	9,7 9,6 6,6 6,6 5,3 5,0 5,2
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾			
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾			
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
► A.3 Integration in den Arbeitsmarkt									
A.3.1 Beschäftigtenquote: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort bezogen auf die 18- bis 64-Jährigen (in %)	a)	2006	33,9	.	.	54,9	.	.	
		2007	34,3	.	.	55,8	.	.	
		2008	36,0	.	.	56,8	.	.	
		2009	35,9	41,0	30,7	56,8	58,5	55,2	
A.3.2 Anteil der Beschäftigten ohne bzw. ohne anerkannte Berufsausbildung (in %)	a)	2003	35,8	36,2	35,3	13,6	13,0	14,3	
		2004	34,5	34,5	34,5	13,4	12,9	14,0	
		2005	31,9	31,7	32,3	13,3	12,6	14,0	
		2006	28,7	27,8	29,8	12,8	12,2	13,5	
		2007	27,2	26,8	27,7	12,7	12,0	13,3	
		2008	25,5	25,1	26,2	12,7	12,3	13,1	
A.3.3 Anteil der geringfügig Entlohnten an allen Beschäftigten (in %)	a)	2003	13,4	.	.	9,2	.	.	
		2004	16,0	.	.	10,1	.	.	
		2005	17,5	.	.	10,1	.	.	
		2006	16,6	.	.	10,1	.	.	
		2007	16,3	.	.	10,3	.	.	
		2008	15,9	.	.	10,2	.	.	
A.3.4 Inhaber von Gewerbebetrieben bezogen auf die 18- bis 64-Jährigen (in %)	b)	2006	10,1	.	.	16,7	.	.	
		2007	11,2	.	.	17,6	.	.	
		2008	11,3	.	.	17,6	.	.	
		2009	11,7	.	.	17,9	.	.	
A.3.5 Arbeitslosenquote bezogen auf alle Erwerbspersonen (in %)	a)	2007	15,3	13,0	18,3	6,9	7,0	6,7	
		2008	13,5	11,2	16,5	6,0	6,0	6,0	
		2009	15,2	12,9	18,2	6,9	7,1	6,8	
A.3.6 Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen bezogen auf alle Erwerbspersonen (in %)	a)	2007	15,9	14,4	17,6	8,5	9,1	7,9	
		2008	15,1	14,2	16,1	8,4	8,7	8,2	
		2009	14,1	12,9	15,4	9,2	9,8	8,7	
► A.4 Integration in den Wohnungsmarkt									
A.4.1 Konzentration der Bevölkerung auf bestimmte Wohngebiete (Segregationsindex) ⁵⁾	b)	2003	27,1	x	x	x	x	x	
		2004	27,3	x	x	x	x	x	
		2005	26,8	x	x	x	x	x	
		2006	26,8	x	x	x	x	x	
		2007	26,7	x	x	x	x	x	
		2008	26,3	x	x	x	x	x	
A.4.2 Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum (in %)	b)	2006	7,6	x	x	24,3	x	x	
		2007	8,0	x	x	24,8	x	x	
		2008	8,4	x	x	25,1	x	x	
		2009	8,6	x	x	25,3	x	x	
<p>1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder 5) Der Segregationsindex ist ein Maß für die ungleiche räumliche Verteilung der Migrantenbevölkerung im Stadtgebiet. Er kann Werte zwischen 0 (keine Segregation) und 100 (vollständige Segregation) annehmen. Ein Wert von 26,4 besagt beispielsweise, dass theoretisch 26,4 % aller Migranten umziehen müssten, damit eine Gleichverteilung mit den Nicht-Migranten im Stadtgebiet erreicht wird.</p> <p>. Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll</p>									

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾			
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾			
			insge- samt	männ- lich	weib- lich	insge- samt	männ- lich	weib- lich	
▶ B. Kulturelle Integration									
▶ B.1 Werteannäherung									
B.1.1	Zusammengefasste Geburtenziffer (durch- schnittliche Kinderzahl pro Frau)	a)	2003	x	x	1,79	x	x	1,24
			2004	x	x	1,74	x	x	1,35
			2005	x	x	1,64	x	x	1,27
			2006	x	x	1,67	x	x	1,19
			2007	x	x	1,67	x	x	1,33
			2008	x	x	1,71	x	x	1,33
			2009	x	x	1,67	x	x	1,38
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll									



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾			
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾			
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
B.1.2 Anteil der Bevölkerung in 5- und mehr Personenhaushalten (in %)	b)	2003	18,9	x	x	7,7	x	x	
		2004	18,6	x	x	7,5	x	x	
		2005	18,3	x	x	7,5	x	x	
		2006	18,5	x	x	7,5	x	x	
		2007	18,4	x	x	7,4	x	x	
		2008	18,1	x	x	7,2	x	x	
		2009	17,8	x	x	7,1	x	x	
► B.2 Spracherwerb									
B.2.1 Anteil der Kinder mit Defiziten der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2005	53,8	57,2	49,7	13,5	15,4	11,4	
		2006	48,6	52,7	43,8	10,9	12,6	8,8	
		2007	53,0	57,3	48,0	13,7	15,2	12,1	
		2008	52,0	54,7	49,1	8,6	10,9	6,1	
		2009	51,2	56,1	46,2	7,9	9,1	6,6	
► B.3 Gesundheit									
B.3.1 Anteil der Kinder mit Teilnahme an der letzten Vorsorgeuntersuchung vor der Einschulung (U9) an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2003	65,1	64,4	65,8	82,2	84,0	80,7	
		2004	61,3	62,8	59,7	81,1	80,9	81,3	
		2005	67,3	66,5	68,4	84,6	85,2	83,9	
		2006	68,4	68,8	67,9	81,1	81,9	80,3	
		2007	72,8	72,8	72,6	82,5	82,8	82,4	
		2008	71,4	72,0	70,9	83,7	84,0	83,4	
		2009	76,4	76,4	76,3	86,9	87,1	86,6	
B.3.2 Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2003	17,9	17,0	19,0	8,9	8,1	9,8	
		2004	14,9	15,6	14,1	7,8	8,3	7,4	
		2005	15,5	15,9	15,1	8,7	8,7	8,7	
		2006	15,9	16,9	14,7	9,7	10,8	8,5	
		2007	14,5	14,1	14,9	9,1	8,5	9,8	
		2008	14,7	14,5	14,9	8,2	7,2	9,2	
2009	13,8	12,4	15,1	7,8	7,7	8,0			
► C. Soziale Integration									
► C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten									
C.1.1 Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr (in %)	a)	2003	30,2	31,4	28,9	x	x	x	
		2004	30,4	31,8	28,8	x	x	x	
		2005	28,9	30,5	27,4	x	x	x	
		2006	29,5	30,9	28,1	x	x	x	
		2007	30,2	31,4	29,0	x	x	x	
		2008	31,9	33,0	30,8	x	x	x	
		2009	33,8	34,9	32,6	x	x	x	
C.1.2 Anteil der in Deutschland Geborenen (in %)	b)	2003	25,2	25,8	24,6	x	x	x	
		2004	26,9	27,4	26,3	x	x	x	
		2005	27,3	28,0	26,5	x	x	x	
		2006	27,7	28,5	27,0	x	x	x	
		2007	27,8	28,6	26,9	x	x	x	
		2008	28,2	29,0	27,3	x	x	x	
		2009	28,5	29,5	27,5	x	x	x	
► C.2 Multikulturelles Zusammenleben									
C.2.1 Anteil der Personen mit Partner ohne Migrationshintergrund an allen heiratenden Migranten (in %)	b)	2005	30,3	29,6	30,9	x	x	x	
		2006	30,7	30,4	31,1	x	x	x	
		2007	31,1	29,8	32,5	x	x	x	
		2008	29,9	28,7	31,1	x	x	x	
		2009	33,2	32,4	34,0	x	x	x	
¹⁾ Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; ²⁾ Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; ³⁾ Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; ⁴⁾ Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll									

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personengruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾			
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾			
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
C.2.2 Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund (in %)	b)	2005	44,8	15,9	28,9	x	x	x	
		2006	46,2	16,5	29,7	x	x	x	
		2007	41,4	15,8	25,6	x	x	x	
		2008	34,7	12,1	22,6	x	x	x	
		2009	40,0	13,2	26,8	x	x	x	
C.2.3 Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten (in %)	b)	2003	8,0	x	x	x	x	x	
		2004	7,6	x	x	x	x	x	
		2005	7,6	x	x	x	x	x	
		2006	7,6	x	x	x	x	x	
		2007	7,7	x	x	x	x	x	
		2008	7,8	x	x	x	x	x	
		2009	8,0	x	x	x	x	x	
► D. Identifikatorische Integration									
► D.1 Einbürgerungen									
D.1.1 Einbürgerungen je 100 Anspruchsberechtigte	a)	2003	3,9	3,9	3,9	x	x	x	
		2004	3,1	2,8	3,4	x	x	x	
		2005	2,5	2,5	2,5	x	x	x	
		2006	3,1	3,2	2,9	x	x	x	
		2007	2,9	3,0	2,7	x	x	x	
		2008	2,1	2,3	2,0	x	x	x	
		2009	2,4	2,4	2,4	x	x	x	
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll									

3 Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz

3.1 Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen

Bei den Zugangsbedingungen zu Integrationskursen wird unterschieden zwischen Verpflichtungen und Zulassungen. Eine Verpflichtung kann zum einen durch die Ausländerbehörde bei Neuzuwanderern mit unzureichenden Sprachkenntnissen ausgesprochen werden und zum anderen durch die Kommunale Arbeitsvermittlung zur Erhöhung der Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Eine Zulassung zu einem Integrationskurs wird in der Regel auf freiwilligen Antrag durch so genannte Bestandsausländer durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erteilt. Demnach wurden 2009 insgesamt **559** Personen zu Integrationskursen zugelassen (765 in 2008) und **450** Personen zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet. Im Vergleich zum Vorjahr (409) ist die Zahl der Verpflichtungen leicht gestiegen und die Anzahl der Zulassungen gesunken. Der deutliche Rückgang um 206 Zulassungen (27% weniger als 2008) kann möglicherweise mit einem gestillten Bedarf bei der Zielgruppe erklärt werden.

Die Anzahl der Zulassungen ist deutlich zurückgegangen, die der Verpflichtungen leicht angestiegen

Die im Verhältnis zu den Verpflichtungen hohe Zahl der Zulassung zu Integrationskursen ist zum einen auf die Gesetzesänderung im Staatsangehörigkeitsrecht im Jahr 2007 zurückzuführen. Demnach muss der Nachweis für das Zertifikat B1 zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit erbracht werden. Zum anderen sind seitdem neben Ausländern und Spätaussiedlern die Zulassungen von ehemaligen Asylbewerbern und Flüchtlingen mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Altfallregelung sowie die von Eingebürgerten zu den Integrationskursen möglich.

Insgesamt wurden 163 Anträge auf Wiederholung der Aufbau-sprachkurse (300 UE) gestellt.

*Jede vierte zu einem Integrati-
onskurs zugelassene oder ver-
pflichtete Person nutzt die
Dienstleistung der Integrations-
abteilung bei der Suche nach
einem geeigneten Kurs*

In der Integrationsabteilung wurden 2009 insgesamt **261** (359 in 2008) Sprachstandstests zur Einstufung und darauf basie-
renden passgenaueren Vermittlung in Integrationskurse durch-
geführt. Seit der Änderung der Integrationskursverordnung im
Dezember 2007 sind die Träger der Integrationskurse verpflich-
tet, vor Kursbeginn eigene differenzierte Sprachstandsfeststel-
lungstests durchzuführen. Diese werden mit dem Bundesamt
für Migration und Flüchtlinge über eine Kostenpauschale abge-
rechnet. Hier liegt sicherlich ein Grund für den Rückgang der
Sprachstandseinschätzungstests in der Integrationsabteilung
um ca. 27%. Ergänzend dürfte seit der Einführung der Integra-
tionskurse im Jahr 2005 der Bekanntheitsgrad der Integrations-
kursträger und deren jeweiliger Schwerpunkte (z.B. Kurse für
Frauen, Kurse mit Kinderbetreuung etc.) bei der Zielgruppe
stetig gestiegen sein und von daher häufiger eine direkte Kon-
taktaufnahme mit den Integrationskursträgern erfolgen. Dies gilt
insbesondere für die Personengruppe mit Zulassungen. Die
Gruppe der zu einem Integrationskurs Verpflichteten folgt über-
wiegend nach wie vor den Empfehlungen der Kommunalen
Arbeitsvermittlung (Träger der Grundsicherung) und der Aus-
länderbehörde, die Beratungsleistung der Integrationsabteilung
bei einer ersten Sprachstandseinschätzung und der Suche
nach einem geeigneten Integrationskursträger in Anspruch zu
nehmen. Trotz des Rückgangs der Sprachstandstests liegt die
Quote der Personen, die die Dienstleistung der Integrationsab-
teilung in Anspruch nehmen, bei 25% aller zugelassenen oder
verpflichteten Personen.

Tabelle 1:

Zulassungen und Verpflichtungen zu Integrationskursen			
	2007	2008	2009
Zulassungen	694	765	559
Männer	207	243	191
Frauen	487	522	368
Verpflichtungen	453	409	450
Männer	171	132	180
Frauen	282	277	270
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge			

Tabelle 2:

Integrationskurse und Kursträger in Wiesbaden			
	2007	2008	2009
Anzahl der durchgeführten Integrationskurse	92	81	125
Anzahl der Integrationskursträger	10	10	9

Deutlich gestiegene Anzahl der durchgeführten Integrationskurse

Die deutliche Steigerung der durchgeführten Kurse lässt sich auf die gestiegenen Zulassungen und Verpflichtungen in 2008 erklären, da die Teilnehmer zeitverzögert den Kurs beginnen. Bei einer Verpflichtung durch die Ausländerbehörde muss der Kursbeginn innerhalb von 2 Jahren begonnen haben. Gleiches gilt für die Zulassung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Die Fristen für den Kursbeginn bei einer Verpflichtung durch die Kommunale Arbeitsvermittlung liegen deutlich darunter.

Übersicht der Integrationskursträger, die in 2009 Integrationskurse durchgeführt haben

- AWO
- Caritas/Bauhof Biebrich-Südost
- Delphin e.V.
- Euro-Schule
- IB
- Caritas/Katholische Erwachsenenbildung
- Lern-Planet
- VHS
- Logos

Die Zahl der Berechtigten und Verpflichteten im Vergleich zur Gesamtzahl der Neuzuwanderer

Um Aussagen zu Qualität und Quantität des Vollzuges der Integrationskursverordnung nach dem Zuwanderungsgesetz treffen zu können, wird in der folgenden Tabelle die Gesamtzahl der Neuzuwanderer dargestellt. Im Anschluss wird diese Zahl den zu Integrationskursen Berechtigten oder Verpflichteten gegenübergestellt und eine erste Interpretation versucht:

Tabelle 3:

Gleiche Zuwanderung wie 2008

Neuzuwanderer*) nach Wiesbaden		
	2008	2009
Insgesamt	3.104	3.102
Männer	1.993	1.989
Frauen	1.111	1.113
unter 18 Jahre	259	280
18 bis unter 25 Jahre	664	693
25 bis unter 30 Jahre	484	517
30 bis unter 40 Jahre	778	802
40 bis unter 50 Jahre	562	494
50 bis unter 65 Jahre	317	278
65 Jahre und älter	40	38
darunter Personen		
– polnischer	650	530
– rumänischer	243	239
– bulgarischer	161	214
– türkischer	247	200
– US-amerikanischer	192	171
– bosnisch-herzegowinischer	130	166
– ungarischer	85	140
– italienischer	148	107
Staatsangehörigkeit		
*) Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland		
Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik		

Die Zahl der Neuzuwanderer lag 2009 bei 3.102 und damit auf demselben Niveau wie 2008. Wie bereits in den vergangenen Jahren waren Männer in der Mehrzahl; ihr Anteil an den Zuzügen betrug 2009 64,1 %.

Auffällig ist eine Verschiebung zugunsten jüngerer Zuwanderer: In allen Altersklassen bis 40 Jahre stieg die Zahl der Neuanmeldungen gegenüber dem Vorjahr, gleichzeitig ging die Zahl Älterer zurück.

Während der Anteil polnischer und türkischer Staatsangehöriger rückläufig war, konnte bei Zuwanderern bulgarischer und ungarischer Nationalität ein Zuwachs beobachtet werden. Auch aus Bosnien-Herzegowina meldeten sich 2009 in Wiesbaden mehr Personen an als im Vorjahr.

Im Vergleich zu insgesamt 3.102 Neuzuwanderern im Jahr 2009 scheint die Zahl der Integrationskursberechtigten oder Verpflichteten von insgesamt 1.009 gering.

Gründe hierfür sind:

- Aus verschiedenen, im ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahren begründeten Umständen und Sachzwängen kann die endgültige Aufenthaltserlaubnis Neuzuwanderern oft erst mehrere Monate nach der Einreise erteilt werden. Die Bestätigung über einen Anspruch oder eine Verpflichtung zu einem Integrationskurs wird aber in der Regel immer erst mit der Erteilung der endgültigen Aufenthaltserlaubnis ausgestellt. Alle statistischen Verfahren, die auf einen fixen Zeitpunkt abstellen, sind daher durch diese zeitlichen Verzögerungen verzerrt.
- Nicht alle Neuzuwanderer haben einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs, sondern nur Personen, die sich aus bestimmten, im Gesetz genannten Rechtsgrundlagen, dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten wollen und dürfen.
- Ergänzend kommt hinzu, dass es sich bei den Neuzuwanderern zu einem hohen Prozentsatz um EU-Bürger handelt, die - sofern keine Verpflichtung durch die Kommunale Arbeitsvermittlung erfolgt - einen freiwilligen Antrag auf Zulassung zu einem Integrationskurs stellen können.

- Eine weitere Einschränkung des Teilnehmerkreises erfolgt durch die gesetzliche Regelung, dass ein Teilnahmeanspruch trotz Vorliegens der sonstigen Voraussetzungen nicht besteht bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in Deutschland fortsetzen und damit ihre sprachliche Ausbildung erfahren.
- Entsprechendes gilt, wenn bei Neuzuwanderern erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht oder die Personen bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

3.2 Zielgruppen, Struktur, Dauer und Inhalt des Integrationskurses

Zielgruppen

Neben Ausländern, Unionsbürgern und Spätaussiedlern können jetzt auch ehemalige Asylbewerber und Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Bleiberechtsregelung zu Integrationskursen zugelassen werden. Auch Deutsche mit Migrationshintergrund, die in besonderer Weise integrationsbedürftig sind und noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, können einen Integrationskurs besuchen.

Stundenzahl

Ein Integrationskurs besteht grundsätzlich aus einem Sprachkurs mit 600 Unterrichtsstunden und einem Orientierungskurs mit 45 Stunden. Bei den speziellen Integrationskursen ist eine Erweiterung von 600 auf bis zu 900 Stunden Sprachunterricht möglich.

Spezielle Integrationskurse

Neben dem allgemeinen Integrationskurs gibt es auch spezielle Integrationskurse für Teilnehmer, die besondere Bedürfnisse haben: Angeboten werden beispielsweise Jugendintegrationskurse für junge Leute unter 27 Jahren, die nicht mehr schulpflichtig sind und sich auf eine weiterführende Schule oder auf eine Ausbildung vorbereiten möchten. Für Eltern gibt es Kurse, die ihnen helfen, ihre Kinder besser in der Schule zu unterstüt-

zen; Frauen können in einer reinen Frauenklasse mit einer Lehrerin lernen. Außerdem gibt es Kurse für Migranten, die nicht lesen oder schreiben können sowie Förderkurse für diejenigen, die schon länger in Deutschland leben, aber die deutsche Sprache bislang nur unvollständig und nicht korrekt erlernt haben.

Intensivkurse

Die speziellen Integrationskurse können bis zu 945 Stunden Unterricht umfassen. Andererseits gibt es die Möglichkeit zum Besuch eines Intensivkurses mit insgesamt nur 430 Stunden. Welcher Kurs am besten zum jeweiligen Teilnehmer passt, wird durch einen Einstufungstest ermittelt.

Abschlusstest

Am Ende des Integrationskurses sollen die Teilnehmer erfolgreich am Abschlusstest teilnehmen. Wenn die Abschlussprüfung "Deutsch-Test für Zuwanderer" (bis Ende 2008: Prüfung zum Zertifikat Deutsch) und die Prüfung zum Orientierungskurs bestanden werden, erhalten die Teilnehmer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das *Zertifikat Integrationskurs*. Teilnahmeberechtigte, die ordnungsgemäß am Integrationskurs teilgenommen haben und im Abschlusstest nicht erfolgreich waren, haben die Möglichkeit zur einmaligen Wiederholung von 300 Unterrichtseinheiten und dem Abschlusstest.

Kosten der Integrationskurse

Ein Teil der Kosten für die Integrationskurse wird vom Staat getragen. Die Teilnehmer müssen dazu in der Regel noch einen Eigenbeitrag von einem Euro pro Stunde leisten. Von diesem Eigenbetrag können sie unter bestimmten Voraussetzungen befreit werden. Der Abschlusstest ist grundsätzlich kostenlos.

Teilnehmer, die den Integrationskurs inklusive Abschlussprüfung in weniger als zwei Jahren erfolgreich abschließen, können vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Hälfte ihres Beitrags erstattet bekommen.

Verpflichteten und Berechtigten, die von der Kostenbeitragspflicht befreit sind, werden die Fahrtkosten bei ordnungsgemäßer Teilnahme am Integrationskurs erstattet.

4 Einbürgerungen

4.1 Zahlen und Fakten

Die Einbürgerung ist zweifelsohne wichtiger Abschluss einer gelungenen rechtlichen Integration, jedoch kein abschließender Indikator für tatsächliche Integration.

Die Einbürgerung erfordert jedoch neben der Erfüllung der rechtlichen Voraussetzung auch eine emotionale Bindung und Bereitschaft. Diese kann man sicher durch Schaffung eines positiven Klimas in der Aufnahmegesellschaft fördern.

2008 wurde der Einbürgerungstest eingeführt.

In 2007 wurden zentrale Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts eingeführt. Diese waren erhöhte Anforderungen an die Sprachkenntnisse in Form eines Sprachnachweises auf dem Niveau (B1) des gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens. Seit September 2008 kam der Nachweis von Kenntnissen der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland in Form des so genannten Einbürgerungstests hinzu.

Dieser Einbürgerungstest umfasst 33 Fragen zu Rechts- und Gesellschaftsordnung und wird in Wiesbaden seit 2009 von der VHS und der Euro-Schule angeboten.

99% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestehen den Einbürgerungstest.

In 2009 haben 639 Personen am diesem Einbürgerungstest teilgenommen, mit einer Erfolgsquote von knapp 99% der Teilnehmer.

Ab August 2007 wurde das digitale Einbürgerungssystem E-Einbürgerung im Sachgebiet Einbürgerungen der Integrationsabteilung eingeführt. Dieses Verfahren dient der verwaltungsstufenübergreifenden Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen. Mit diesem Verfahren wird die Aktenführung in Papierform auf eine digitale Aktenführung umgestellt.

Zwischen der Antragstellung und dem Abschluss des Einbürgerungsverfahrens durch Aushändigung der Urkunde kann ein Zeitraum zwischen 3 Monaten und bis zu 1 - 2 Jahren liegen. Es kann darüber hinaus aus unterschiedlichen Gründen auch zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages kommen.

Leichter Anstieg der Anträge auf Einbürgerung spiegelt eine wachsende Bereitschaft zur Einbürgerung wieder.

Die Zahl der abgeschlossenen Einbürgerungsanträge pro Jahr spiegelt somit nicht die Anzahl der zur Einbürgerung entschlossenen Personen im gleichen Jahr wieder. Aus diesen Gründen ist für uns die Zahl der Antragstellungen pro Jahr der aussagekräftigere Indikator für die Abbildung der Bereitschaft zur Einbürgerung. Diese Zahlen zeigen für Wiesbaden einen leichten Anstieg an Einbürgerungsanträgen auf.

* Zahlen aus der E-Einbürgerung

Anträge auf Einbürgerungen 2008-2009 *		
	2008	2009
Insgesamt	669	765

4.2 Einbürgerungsfeiern

Mit dem Ziel, der Einbürgerung als Vollendung der rechtlichen Integration einen angemessenen Rahmen zu geben und diese entsprechend zu würdigen, wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2005 ab Oktober 2005 eine Feierstunde im Rathaus für neu eingebürgerte Wiesbadenerinnen und Wiesbadener eingeführt.

Die Ansprache des Oberbürgermeisters oder der Integrationsdezernentin, die musikalische Umrahmung, die Aushändigung des persönlichen Fotos an die Eingebürgerten sowie die feierliche Atmosphäre mit der Möglichkeit, politische Repräsentanten Wiesbadens aus nächster Nähe und mit einem offenen Ohr für die verschiedensten Probleme und Fragestellungen erleben zu können, werden von den Gästen durchweg sehr positiv bewertet.

Seit Oktober 2007 wird im Rahmen dieser Einbürgerungsfeier gemeinsam das Feierliche Bekenntnis mündlich abgegeben und damit eine Neuerung im Staatsangehörigkeitsrecht umgesetzt.

Seit 2009 wurden die Termine für die Neubürgerempfänge von monatlich auf acht Termine im Jahr reduziert. Dabei ist ein Rückgang der Teilnehmerzahlen festzustellen, der nicht leicht zu erklären ist. Ein möglicher Grund könnte darin liegen, dass sich durch die Reduzierung der Feiern, die Wartezeit auf die Ausweisdokumente, die im Rahmen der Feier ausgegeben werden verlängert hat. Vermutlich benötigen einige Neubürger ihre Dokumente früher und holen diese vorab der Neubürgerempfänge im Bürgerbüro ab. Die Teilnahme an den Feiern ist freiwillig.

2009 wurden 686 Personen eingeladen, 254 Personen haben an der Einbürgerungsfeier teilgenommen. Die Anzahl derjenigen, die der Einladung zu dieser Feierstunde gefolgt sind, lag im Durchschnitt bei 37,7 %.

Nähere statistische Angaben sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Tabelle: 5

Neubürgerempfänge 2009			
Datum	Anzahl der Eingeladenen	Anzahl der Teilnehmerinnen	in %
20.01.09	46	21	45,65%
17.02.09	48	22	45,83%
23.04.09	101	34	33,66%
26.05.09	72	26	36,11%
23.06.09	95	32	33,68%
03.09.09	109	48	44,04%
08.10.09	122	42	34,43%
17.11.09	93	29	31,18%
Summe	686	254	37,03%
Mittelwert	86	32	37,03%

5 Sachstand zu den Handlungsfeldern

5.1 Sprachkompetenz

Das wollen wir erreichen:

Die Migrantinnen und Migranten verfügen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und der Muttersprache in Wort und Schrift.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. In Wiesbaden aufwachsende Kinder aus Migrantenfamilien erlernen systematisch die deutsche Sprache unter Berücksichtigung und Förderung der Zweisprachigkeit.
2. Es existieren speziell integrierte Bildungsangebote für Eltern (insbesondere Mütter) und Kinder.
3. Das Angebot an Sprachkursen/ Grundbildungskursen für Frauen mit Kinderbetreuung und nach Bedarf mit sozialpädagogischer Betreuung ist bedarfsgerecht gesteigert.
4. Die Angebote werden stärker angenommen.

Steuerung und Vernetzung

„Mama lernt Deutsch“ wurde aufgrund der Novellierung der Integrationskursverordnung Mitte 2009 eingestellt.

Mit der Novellierung der Integrationskursverordnung im Dezember 2007 reagierte der Gesetzgeber auf vielfältige Anregungen aus der Praxis, in denen u.a. für die Zielgruppe von „Mama lernt Deutsch“ ein Angebot im Rahmen der Integrationskurse gefordert wurde. Die Einführung von Kursen für Migranten, die nicht lesen oder schreiben können sowie Förderkurse für diejenigen, die schon länger in Deutschland leben, aber die deutsche Sprache bislang nur unvollständig und nicht korrekt erlernt haben, führte in der Folge zu einem deutlichen Nachfragerückgang bei den „Mama lernt Deutsch“ Kursen. In der Folge reduzierte sich die Anzahl der „Mama lernt Deutsch“ von 35 über 11 auf 3 Kurse nach den Sommerferien 2008. „Mama lernt Deutsch“ wurde nach Abschluss der einjährigen Laufzeit der Staffel Mitte 2009 eingestellt.

Neue Zielgruppen für „Mama spricht Deutsch“

„Mama spricht Deutsch“ ist ein wichtiger Baustein im Rahmen der Umsetzung des Handlungsprogramms „Zielgruppenorientierte Elternbildung“ unter Federführung des Amtes für Soziale Arbeit. Neben der Vertiefung von Sprachkenntnissen werden über ein System von Unterrichtsmodulen gezielt Themen aus dem Bereich Kindererziehung und Gesundheitsprävention vermittelt. Zielgruppe dieser Konversationskurse waren bildungsferne Mütter, insbesondere Absolventinnen von „Mama lernt Deutsch“ Kursen. Es zeigte sich, dass viele Teilnehmerinnen, die früher im Anschluss an „Mama lernt Deutsch“ den Fortführungskurs „Mama spricht Deutsch“ besucht haben, nun sowohl die Grundalphabetisierung als auch den weiteren Spracherwerb im Rahmen der Integrationskurse durchlaufen. Als neue Zielgruppe für das Elternbildungsangebot „Mama spricht Deutsch“ wurden deswegen Absolventinnen eines Integrationskurses oder Teilnehmerinnen ohne Verpflichtung zu einem Integrationskurs ausgewählt. Teilnehmerinnen, die während eines laufenden Integrationskurses noch ergänzend „Mama spricht Deutsch“ besuchen wollen, gehören ebenfalls zur Zielgruppe. Aufgrund der hohen zeitlichen Bindung durch einen Integrationskurs, dürfte diese Teilgruppe allerdings nur sehr schwach vertreten sein.

Erweiterte Trägerzahl und inhaltliche Themenerweiterung führen zu einem erfolgreichen „Neustart“

Nachdem in der bis Mitte 2009 laufenden Staffel ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war, ist im 2. Halbjahr 2009 ein erfolgreicher Neustart gelungen. Nach der Erweiterung der Kurs-träger um die VHS AKK und den Landesverband der evangelischen Frauen in Hessen und Nassau auf insgesamt 7 Kursträger und einer Erweiterung der inhaltlichen Themen nahmen in insgesamt 8 Stadtteilen 77 Frauen an den „Mama spricht Deutsch“ Kursen teil. Alle „Mama spricht Deutsch“ Kurse werden vom Land Hessen finanziell weiterhin gefördert.

Netzwerk Sprache zur Koordination der Programme und Maßnahmen bei der Sprachförderung von Kindern

Bereits in 2008 wurde die Zusammenarbeit mit der Abteilung Kindertagesstätten, der Fachstelle Elternbildung im Amt für Soziale Arbeit, dem Gesundheitsamt und der Sprachheilbeauftragten der Stadt Wiesbaden intensiviert, um die Anstrengungen bei der Verbesserung der (deutschen) Sprachkompetenz bei den einzuschulenden Kindern zu koordinieren und mögliche Kooperationen auszuloten.

Kommunales Netzwerk zur Koordination und Steuerung des Integrationskursangebotes

Die Koordination und Steuerung des Angebotes an Integrationskursen erfolgt nach wie vor über das kommunale Netzwerk aller Integrationskursträger unter Federführung der Integrationsabteilung. Die bedarfsgerechte Beratung und Vermittlung von Integrationskursteilnehmern zu den in Frage kommenden Integrationskursträgern erfolgt in der Integrationsabteilung.

Enge Kooperation mit der Migrationserstberatung der Freien Träger zur Unterstützung der Neuzuwanderer notwendig

Bei der Gründung des Einwohner- und Integrationsamtes im Jahre 2001 wurden die Freien Träger Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband und Internationaler Bund mit ihren Migrationsberatungsstellen organisatorisch und räumlich in die Integrationsabteilung eingebunden. Die durch die Bundesregierung geförderte Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer ab 27 Jahren wird durch Mitarbeiter/innen der Arbeiterwohlfahrt und des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus durchgeführt, für den Jugendmigrationsdienst ist der Internationale Bund zuständig.

Die Aufgabe der Dienste ist die bedarfsorientierte Einzelfallbegleitung mit der Methode Case Management im Schwerpunkt für Neuzuwanderer und bereits länger im Bundesgebiet lebende Migranten in Krisensituationen. Weitere Schwerpunkte sind die aktive Mitarbeit in kommunalen Netzwerken, sowie Mitwirkung bei der interkulturellen Öffnung/Vernetzung der Regeldienste.

Der Caritasverband übernimmt im weiteren die Koordination der Freien Träger mit den zusätzlichen Aufgaben der Mitarbeit an der Umsetzung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen der Steuerungsgruppe Integration, der Entwicklung und Durchführung von Projekten, Koordinierung von Arbeitskreisen, Teilnahme an fachspezifischen Arbeitskreisen, Vorbereitung und Durchführung von Fachtagungen, Workshops und Gremienarbeit.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Integrationsamt und Freien Trägern hat sich im Laufe der vergangenen Jahre als überaus hilfreich für die Integrationsarbeit in Wiesbaden bewährt. Dies betrifft sowohl den niederschweligen Zugang für Migrant/innen, die hier zum Teil auch muttersprachlich beraten werden können, als auch die Zusammenarbeit in Projekten und Arbeitskreisen. Die Fortführung der engen Zusammenarbeit wird von allen Beteiligten für notwendig gehalten, da sie die weitere Unterstützung der Neuzuwanderer rund um integrationsrelevante Fragen unterstützt.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2008	Zielerreichung 2009
Projekt "Mama lernt Deutsch"	Einwohner- und Integrationsamt	Mütter erlernen die deutsche Sprache und können den Bildungsweg ihrer Kinder kompetenter unterstützen.	Insgesamt 14 Kurse wurden in 2008 an Kitas und Grundschulen mit insgesamt 102 Frauen durchgeführt	Ein letzter in 2008 begonnener Kurs mit 7 Teilnehmerinnen endete im Sommer 2009
Projekt "Mama spricht Deutsch"	Einwohner- und Integrationsamt/ Amt für Soziale Arbeit	Bildungsferne Mütter vertiefen ihre Kenntnisse der Deutschen Sprache. Sie erweitern zudem ihre Elternkompetenz.	5 Kurse wurden in unterschiedlichen Einrichtungen mit insgesamt 41 Teilnehmerinnen in 2008 begonnen	8 Kurse wurden in unterschiedlichen Einrichtungen mit insgesamt 77 Teilnehmerinnen im 2. Halbjahr 2009 begonnen.
Förderung des Sprachförderprogramms des Fördervereins an der Friedrich-von-Schiller-Schule	Förderverein an der Friedrich-von-Schiller-Schule	Wortschatzerweiterung und erhöhte Sicherheit im grammatikalischen Gebrauch	-	3 Wochen in den Sommerferien haben 15 Kinder auf Empfehlung der Klassenleitungen erfolgreich teilgenommen.
Förderung von Casa e. V. für Projekt "Spracherwerb mit Gesang und Klang"	CASA - Centrum für aktivierende Stadtteilarbeit	Förderung der Sprachkompetenz durch das Singen in einem "Internationalen Stadtteilfrauenchor"	16 Teilnehmerinnen haben erfolgreich von 01/08 bis 12/08 an dem Projekt teilgenommen	17 Teilnehmerinnen aus 5 Ländern haben erfolgreich von 01/09 bis 12/09 an dem Projekt teilgenommen. 4 öffentliche Auftritte haben stattgefunden.
Förderung von TANDEM Deutsch-International, und FAZIT e. V.	VHS TANDEM und FAZIT e.V.	Aufrechterhaltung des Angebots	Konversationskurse in sechs Stadtteilen und weitere Sprachkursangebote, zum Teil frauenspezifische Angebote	Im Rahmen von TANDEM in 6 Stadtteilen durchschnittlich je 15 TN aus mehr als 50 Nationen. Ergänzend frauenspezifische Angebote über FAZIT.

Ausblick

Mama spricht Deutsch

Die Module von „Mama spricht Deutsch“ werden inhaltlich um weitere praktische Anleitungen überarbeitet. Die Vielfalt der Kursträger soll beibehalten und wenn möglich gesteigert werden. Die Zusammenarbeit mit den Integrationskursträgern wird intensiviert.

DeutschSommer Wiesbaden

Das Einwohner- und Integrationsamt wird 2010 Projektträger des ersten Wiesbadener DeutschSommers sein. Der Wiesbadener DeutschSommer baut auf einem Pilotprojekt der Jakobs Foundation aus Bremen auf. Während drei Wochen in den Sommerferien verbessern 30 Schülerinnen und Schüler aus den dritten Klassen Wiesbadener Grundschulen ihre Deutschkenntnisse. Täglich erhalten sie dazu je zwei Stunden Deutsch- und Theaterunterricht. Nachmittags wird ein anregendes Freizeitprogramm angeboten. Als Unterkunft wurde die Jugendherberge Rüdesheim ausgewählt.

Die Auswahl der Kinder erfolgt in enger Abstimmung mit den Lehrkräften der beteiligten Schulen. Die Eltern werden über die Klassenlehrer informiert.

Als Projektpartner unterstützen den DeutschSommer die Deutsche Bank Stiftung, das Hessische Kultusministerium, das Staatliche Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden, das Amt für Soziale Arbeit, die Volkshochschule Wiesbaden sowie das Deutsche Jugendherbergswerk - Landesverband Hessen e.V.

Regionalpartner des nach Frankfurt auch in Hanau und Offenbach stattfindenden DeutschSommers Frankfurt/Rhein-Main sind die Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main und die Deutsche Bank Stiftung.

5.2 Bildung

Das wollen wir erreichen:

Die Bildungsbeteiligung und die Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten sind nachhaltig verbessert und deren oft brachliegende Bildungsreserven sind erschlossen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Programme und Maßnahmen zur Eltern- und Familienbildung für Migrantinnen und Migranten sind entwickelt.
2. Zwischen schulischen und nicht schulischen Bildungseinrichtungen sind Kooperationsmodelle zu entwickeln, die sich besonders darauf richten, zugewanderte Familien, vor allem die Mütter, in die Bildungsprozesse ihrer Kinder stärker einzubeziehen.
3. Der Kindergartenbesuch ist bei den Gruppen von Migrantenkindern zu fördern, die bislang seltener oder kürzer als andere den Kindergarten besuchen.
4. Es existieren in allen Einrichtungen systematische Konzepte zur Schulvorbereitung.
5. Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien sind stärker als bislang in Regelklassen eingegliedert (d. h. Rückgang des Migrantenanteils in den Sonderschulklassen).
6. Grundschulen mit einem weit überdurchschnittlichen Anteil an Migrantenkindern werden in Bezug auf ihre pädagogische Qualität und Integrationsleistung besonders unterstützt.
7. Seiten- und Späteinsteiger (Pendelmigration) werden als spezielle Zielgruppe gefördert.
8. Migrantenkinder werden gefördert mit dem Ziel der Verbesserung des Schulerfolgs an höheren Schulen.
9. Migrantenkinder mit guten Leistungen werden zum Übergang ins Gymnasium und vergleichbare Bildungswege gefördert.
10. Die Ausbildungsbereitschaft und die Erweiterung des Berufsspektrums von jugendlichen Migranten werden gefördert.
11. Der Einstieg in die Berufsbildung von Migrantinnen und Migranten wird nachhaltig gefördert, wie zum Beispiel durch das Programm Wege zur Berufsbildung.
12. Das Bildungsangebot für erwachsene Migrantinnen und Migranten wird erhöht, deren Inanspruchnahme steigt.

Steuerung und Vernetzung

Steuerungsgruppe Integration

Übergeordnete Fragestellungen zum Themenkomplex Bildung werden in der Steuerungsgruppe Integration abgestimmt.

*Fachstelle und Fachbeirat
Elternbildung*

Die Fachstelle Elternbildung im Amt für Soziale Arbeit koordiniert die Umsetzung des Konzeptes "Zielgruppenorientierte Elternbildung". Ein trägerübergreifender Fachbeirat mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Fachrichtungen (Gesundheit, Kin-

dertagesbetreuung, Familienbildung und -beratung, Integrationsbereich, Jugendhilfeplanung und Frauenbeauftragte) begleitet diese Arbeit fachlich und multipliziert die Ergebnisse in die eigenen Fachbereiche hinein.

*Projektgruppe Wiesbadener
Lotsen im Handlungsfeld Bildung*

Zur Steuerung des neuen Großprojektes Wiesbadener Lotsen (WiLo) im Handlungsfeld Bildung hat in 2008 eine hierfür gebildete Projektgruppe ihre Arbeit aufgenommen.

Projekte und Maßnahmen

Projekt Lesestart und das Wiesbadener Rahmenprogramm Lies mit mir



Inhalt Lesestartsets

Einerseits wird in vielen Familien immer weniger vorgelesen und andererseits gilt eine gut entwickelte Lesekompetenz nachweislich als elementare Voraussetzung für eine positiv verlaufende Bildungsbiographie. Im Juni 2008 begann deswegen die vom Einwohner- und Integrationsamt gemeinsam mit der Stiftung Lesen organisierte „Lesestart“-Kampagne, bei der alle einjährigen Kinder im Rahmen der U6 - Vorsorgeuntersuchung von ihrem Kinderarzt ein Lesestartset überreicht bekommen. Sie richtet sich an alle Kinder, unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Jedes der Lesestartsets enthält ein Vorlesebilderbuch, einen Leseratgeber in drei Sprachen, eine Broschüre mit Kinderbuchempfehlungen und ein Lesetagebuch. Nahezu alle der niedergelassenen Wiesbadener Kinderarztpraxen beteiligen sich an der „Lesestart“-Kampagne. In 2008 und 2009 wurden insgesamt ca. 4.000 Lesestartsets an Wiesbadener Kinderarztpraxen verteilt. Die Kosten von ca. 5,20 € pro Lesestartset werden zu 1/3 von der Stiftung Lesen und zu 2/3 von kommunaler Seite finanziert.

An 30 Orten sind 40 Vorleserinnen und Vorleser ca. einmal pro Woche unterwegs

In Ergänzung zur Verteilung der Lesestartsets wurden im ersten Quartal 2009 aus 140 Bewerbern insgesamt 60 Personen ausgesucht und in mehr- und eintägigen Workshops im Vorlesen geschult. Inzwischen sind 40 Vorleserinnen und Vorleser in regelmäßigem Einsatz an insgesamt 30 Orten - in der Regel einmal pro Woche je Vorleser - im Einsatz. Vorgelesen wird in Betreuenden Grundschulen, Kindertagesstätten, Kinderarztpraxen, Stadtteileinrichtungen und der Familienbildungsstätte der Arbeiterwohlfahrt. Aufgrund der teilweise hohen Fluktuation an den Vorleseorten lässt sich die Anzahl der erreichten Kinder nur schätzen. Nach Angaben der Vorleser gehen wir von ca. 600 Kindern aus.

Eine Ausleihbibliothek für die Vorleserinnen und Vorleser wurde bei der Integrationsabteilung aufgebaut. Im Rahmen der

Ausleihe findet ein regelmäßiger Austausch mit den ehrenamtlich tätigen Vorleserinnen und Vorlesern statt. Ergänzend wurden zum Austausch aller Vorleserinnen und Vorleser 6 Gruppentreffen durchgeführt. In der Folge dieser Treffen ergab sich der Bedarf nach 2 Nachqualifizierungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen.

(Vor-)Lesen im Schwimmbad

In den Sommerferien fand in Kooperation mit Mattiaqua einmal pro Woche ein Vorleseangebot in den Freibädern Kleinfeldchen und Kallebad statt.

Elternbildungsangebote zu Medienkonsum und Vorlesen

Unter dem Titel „Fernsehnachmittag für Eltern“ und „Wie lese ich meinem Kind richtig vor?“ wurden zwei Elternbildungsworkshops konzipiert und je 6-mal in Stadtteileinrichtungen mit insgesamt 34 Eltern durchgeführt. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten wird dieser Programmteil in 2010 mit den Kinder-Eltern-Zentren (KiEZ) durchgeführt.

Neues Lotsenprojekt WiLo - Wiesbadener lotsen Wiesbadener

Die Informationen binationaler und eingewanderter Familien über das hessische Bildungssystem sowie über Bildungsvoraussetzungen sind ebenso wie Informationen über mehrsprachige Erziehung fester Bestandteil der Elternbildung und sollten sich in der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Bildungseinrichtungen widerspiegeln. Mit diesem Projekt wird angestrebt, die Kooperation der Schulen mit den Eltern mit Migrationshintergrund zu verbessern. Eltern mit geringen Sprachkenntnissen und -kompetenzen werden mit Hilfe von muttersprachigen Lotsen Kenntnisse zum deutschen Schulsystem und dessen Anforderungen vermittelt. Sie erhalten Informationen zu familieneigenen Unterstützungsmöglichkeiten sowie zu familienergänzenden und familienunterstützenden Angeboten zur Sicherung der schulischen Sozialisation und Bildungsförderung.¹



Musterzertifikat

¹ Eine ausführliche Beschreibung des Projektes ist im Integrationsbericht 2008, Kapitel 6.1, S. 58 - 63 zu finden.

Wesentliche Stationen des Projektes in 2009 waren:

- Erstellung der Schulungsinhalte (11/08 - 02/09)
- Inhaltliche Schulung der Module (02/09 - 06/09)
- Schulung Moderations- und Präsentationstechniken (insgesamt 3 Tage pro Gruppe, 12/08 - 05/09)
- Probelauf F. v. Schiller Schule (Juli-August 2009)
- Schriftliche und mündliche Prüfungen einzelner Module im Oktober 2009 (weitere Prüfungen folgen im Februar 2010)
- Erste Einsätze ab November 2009
- Zertifikatsübergabe im Dezember 2009 (s. Bild unten)



Der Gesamtschulungsumfang lag bei 97 Unterrichtseinheiten. In insgesamt 14 Sprachen können Bildungs- und Gesundheitsthemen vermittelt werden: (Hoch-) Arabisch, Arabisch-Marokkanisch, Aramäisch, Berberisch, Deutsch, Englisch, Griechisch, Kurdisch (Sorani), Punjabi, Russisch, Serbisch, Spanisch, Türkisch, Urdu. 21 Lotsinnen und Lotsen stehen für Einsätze zur Verfügung. Die Veranstaltungen werden in Schulen, Kita`s und anderen Orten, wie zum Beispiel Moscheen stattfinden.

Im September 2009 wurde bei einem Informationsgespräch Wiesbadener Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe 1, die gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt für den Rheingau-Taunus Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden anhand des Anteils von Kindern oder Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Schichtzugehörigkeit und Muttersprache der Eltern ausgesucht wurden, eine Zusammenarbeit in der Erprobungsphase angeboten. Insgesamt 18 Schulen erklärten sich hierzu bereit.

Das Staatliche Schulamt für den Rheingau-Taunus Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden stellt ein Stundenkontingent von 5 Wochenstunden zur Begleitung der Lotsen bei ihren Einsätzen und der inhaltlichen Begleitung des Projektes zur Verfügung.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2008	Zielerreichung 2009
Handlungsprogramm zur Verbesserung der Bildungschancen und -ergebnisse von Kindern in Kindertagesstätten	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Bildungschancen für Kinder in Wiesbadener Kindertagesstätten.	Der Standard „Zusammenarbeit mit Eltern“ wurde verbindlich trägerübergreifend vereinbart; ebenso wurde der fachliche Standard der Sprachstandsbeobachtung „Zauberbox“ verbindlich in allen Kindertagesstätten eingeführt.	Im Jahr 2009 wurde kein neuer Standard vereinbart; aufgrund eines drohenden Fachkräftemangels konzentrierten sich die Träger auf die Vorbereitung von Aktionen zur Akquise von Erzieherinnen und Erziehern.
Zielgruppenorientierte Elternbildung - Konzeptentwicklung	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Teilhabe bildungsferner Eltern mit und ohne Migrationshintergrund an Maßnahmen der Elternbildung, dadurch Verbesserung der Versorgungs-, Erziehungs- und Förderkompetenz.	Insgesamt konnten ca. 30 Angebote (Gruppen, Kurse, offene Treffs) an 24 Standorten bei vielfältigen Trägern eingerichtet werden.	Die Anzahl der Angebote konnte auf 46 (Gruppen, Kurse, offene Treffs) gesteigert werden. Die Teilnehmerzahl (vorläufiger Wert!) liegt bei etwa 400 - meist bildungsfernen - Eltern. Migrant/innen werden sehr gut erreicht.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2008	Zielerreichung 2009
Kinder-Eltern-Zentren „KiEZ“	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Teilhabe bildungsferner Eltern mit und ohne Migrationshintergrund an Maßnahmen der Elternbildung, Förderung der Selbstorganisation dieser Eltern, Verbesserung der Infrastruktur für Eltern in Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen	-	Im Laufe des Jahres 2009 haben sechs KiEZ ihre Arbeit aufgenommen (Bergkirche, Westend, Erbenheim, Sauerland, Schelmengraben, Biebrich). Elterncafés und erste Angebote für Eltern von Kindern zw. 0 und 10 Jahren wurden etabliert.
"Lesestart"-Kampagne	Einwohner- und Integrationsamt	Förderung der Sprach- und Lesekompetenz	Flächendeckende Verteilung der Lesestartsets in den Wiesbadener Kinderarztpraxen anlässlich der U6 Untersuchung. Planung eines Rahmenprogramms.	Umsetzung des Rahmenprogramms mit Schulungen und Einsätzen von Vorlesern an insgesamt 30 Orten. 12 Workshops zur Elternbildung durchgeführt.
WiLo - Wiesbadener Lotsen	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Kooperation zwischen Eltern und Schulen und verbesserte Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen	Projektgruppe mit breiter Beteiligung gegründet, Lotsen ausgewählt, Module konzipiert und Schulungen begonnen.	Schulung abgeschlossen 18 Schulen als Projektpartner gewonnen Erste Einsätze durchgeführt.
Förderung von Kubis e.V. für das Projekt „Grundschulpaten“	Kubis e. V.	Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Grundschulern mit Migrationshintergrund durch ehrenamtliche, speziell pädagogisch geschulte Grundschulpaten	Durchschnittlich 25 Kinder und 25 Paten an zwei Standorten (Wellritzstraße und Klarenthaler Straße) haben am Projekt von 01/08 bis 12/08 zur gegenseitigen Zufriedenheit und verbessertem schulischen Erfolg teilgenommen.	Fortführung des Projektes und Zusammenführung mit dem Projekt Bildungspaten von Xenia interkulturelle Projekte

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2008	Zielerreichung 2009
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V für das Stadtteilprojekt Erbenheim	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V	Erhöhung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Leistungskompetenz von Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen sowie Erhöhung der Deutschkenntnisse von Schülerinnen und Schülern der 3. Klassen	-	Regelmäßiges internationales Frauenfrühstück mit Referentinnen und Referenten rund um das Thema Schule und Erziehung haben stattgefunden. Zweimal wöchentlich 2 Stunden Lernförderung und Hausaufgabenhilfe für Kinder der 5. bis 7. Klassen verschiedener weiterführender Schulen. Deutschkurs für je 8 Grundschüler der 3. und der 4. Klassen in den Ferien.
Förderung des Projektes „Mama liest vor“ des KBS Sauerland	KBS Sauerland	Qualifizierung von Müttern zum Vorlesen	-	8 Teilnehmerinnen haben die Qualifizierung durchlaufen, erste Vorleseangebote haben stattgefunden.

Ausblick

Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien soll - u.a. - Diskussion um Bildungsbenachteiligung neu beleben

Das Amt für Soziale Arbeit wird im Jahr 2010 einen neuen Sozialbericht zur Kinderarmut vorlegen. Auf Basis der dort versammelten Wiesbadener Daten zur Lebenslage armer Kinder soll eine stadtweite Debatte zu Maßnahmen gegen Armut und für soziale Teilhabe mit dem Fokus Kinder / Jugendliche ange-regt bzw. forciert werden, die auch die Bildungschancen von Migrantenkindern, die ja überdurchschnittlich häufig arm sind, nochmals in den Fokus rücken wird.

Wiesbadener Bildungslotsen

Nach Abschluss der letzten Prüfungen werden die Bildungslotsinnen und -lotsen voraussichtlich ab Februar 2010 regelmäßige Einsätze durchführen. Begleitend wird den Schulen, den Kindertagesstätten, Vereinen und Stadtteileinrichtungen ein geeignetes Informationsmedium zur Verfügung gestellt, in dem die buchbaren Module und der Verfahrensablauf dargestellt werden.

Ab dem 2. Halbjahr 2010 soll die Qualifizierungsphase neuer Lotsinnen und Lotsen erfolgen. Dafür werden vor allem türkisch sprechenden Lotsen gesucht.

Ebenfalls im 2. Halbjahr 2010 ist die Erweiterung um Sprechzeiten der Bildungslotsen für Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler an Schulen vorgesehen.

Eine erste Bilanz des Projektes, die die Überprüfung der eingesetzten Materialien, der Schulungsinhalte und der Angebotsnutzung einschließt, ist für das 3. Quartal 2010 vorgesehen.

Außerdem ist zu überlegen, ob und in welcher Form die verschiedenen Lotsenansätze in Wiesbaden „unter ein Dach“ gebracht werden können.

*Projekt Lesestart und das
Wiesbadener Rahmenprogramm
Lies mit mir*

Die in Kooperation mit der Stiftung Lesen erfolgende Verteilung der Lesestartsets endet mit Ablauf des Jahres 2009. In 2010 werden die Restbestände noch weiterverteilt.

Für die entwickelten Konzepte zur Elternbildung wird eine Verstetigung im Rahmen des KiEZ - Programms angestrebt.

Die Akquise und Betreuung der Vorleserinnen und Vorleser soll im Laufe des Jahres 2010 ebenfalls als Dauerangebot in eine nachhaltige Struktur überführt werden.

5.3 Teilhabe am Arbeitsmarkt

Das wollen wir erreichen:

Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der Erwerbsarbeit ist quantitativ und qualitativ verbessert. Hier liegt besonderes Augenmerk bei Mädchen und Frauen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Die Anpassungsfähigkeit von Migranten an den sektoralen und beruflichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft ist insbesondere durch Bildung und Fortbildung zu verbessern.
2. Nachhaltige Existenzgründungen und die Entfaltung der wirtschaftlichen Chancen von Migrantinnen und Migranten sind gefördert.
3. Netzwerke mit Vertretern der Wirtschaft sind aufgebaut.

Die kommunale Trägerschaft des SGB II- Grundsicherung für Arbeitsuchende ermöglicht arbeitssuchenden Migrantinnen und Migranten die gleichen Integrationschancen wie den Bewerberinnen und Bewerbern ohne Migrationshintergrund.

Durch die kommunale Trägerschaft des SGB II kann die „kommunale Arbeitsvermittlung“ und die „Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden“ auf ein zielgerichtetes und passgenaues Angebot für Arbeitsuchende mit Migrationshintergrund zurückgreifen. Mehr als 4.000 Ausländer/-innen haben 2009 an Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten teilgenommen. Im Durchschnitt hatte jeder Arbeitsuchende ohne deutschen Pass 1,3 Maßnahmeteilnahmen in 2009, während die Zahl für die Deutschen Bewerber 1,2 betragen hat. Die Integrationschancen in eine Stelle des 1. Arbeitsmarktes haben sich 2009 sowohl im Rechtskreis des SGB III als auch im Rechtskreis des SGB II angesichts der Wirtschaftskrise allerdings deutlich verschlechtert. Insgesamt haben die arbeitssuchenden Ausländer im SGB II die gleichen Chancen eine Qualifizierungsmaßnahme zu erhalten wie die deutschen Arbeitsuchenden. Auch die Integrationschancen in Stellen des 1. Arbeitsmarktes sind vergleichbar. Neben der Qualifizierung sind auch Hilfen zur Existenzgründung gerade für Menschen mit Migrationshintergrund ein häufig angestrebtes Integrationsziel, mit EXINA und Berufswege für Frauen sowie den Förderprojekten im Rahmen der „Sozialen Stadt“-Förderung im Westend und in Biebrich kann in diesem Feld erfolgreiche Unterstützung geleistet werden. Speziell auf die Bedürfnisse von Migranten zugeschnitten sind folgende Angebote:

- Das Projekt USOS - „umfassende sozioökonomische Stärkung“ von Kubis e.V. fördert die Ausbildungsfähigkeit der Migrantenbetriebe und unterstützt die Ausbildungsplatzsuchenden.
- Das Projekt „Perspektive für Migranten“ - des Bildungswerks der hessischen Wirtschaft bietet eine zertifizierte Förderung der beruflichen Weiterbildung für SGB II-Leistungsberechtigte mit integrierten beruflichen Orientierungsangeboten, einer Grundqualifizierung und betrieblichen Praktika. Erfreulich ist hier der sehr hohe Anteil von Frauen (95 %).
- „Kompetenz als Chance“ - die Berufsorientierungskurse für arbeitslose qualifizierte Migrantinnen - zum Teil ohne deutsche Anerkennungen - durch Berufswege für Frauen e.V. zeigen einen hohen und Erfolg versprechenden Unterstützungsbedarf und nicht zuletzt die starken aber oft in Deutschland zu wenig anerkannten beruflichen Ressourcen und Qualifikationen vieler Migrantinnen und Migranten.

Der Einbruch im Angebot der berufsorientierenden und berufsbezogenen Sprachförderangebote durch die SGB II-Instrumentenreform konnte bis Ende 2009 nur teilweise wettgemacht werden, nach wie vor bestehen Schwierigkeiten bei zeitnahen und flexiblen Angeboten für vertiefende Berufsfeld bezogene Sprachförderung.

Ausländer sind im SGB II auch überrepräsentiert, weil sie aufgrund niedrigerer Erwerbseinkommen und größerer Haushalte trotz einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung keine existenzsichernden Einkommen oberhalb der SGB II-Grenzen erzielen können. Immerhin 17 % der ausländischen Hilfebedürftigen und 15 % der deutschen Hilfebedürftigen gehören zu der größer werdenden Gruppe der „Working Poor“.

Das „Kompetenz-Entwicklungs-Programm“ in den Schulen mit Schulsozialarbeit trägt nachhaltig zur Verbesserung der schulischen Abschlüsse und

Das Kompetenz-Entwicklungs-Programm (KEP) der Schulsozialarbeit hat 2007 begonnen und bietet für alle Schülerinnen und Schüler, die an den 9 Schulen mit Schulsozialarbeit den Hauptschulabschluss anstreben, ein umfangreiches Orientierungs- und Qualifizierungsprogramm. Insbesondere die Einbindung der Eltern in die Kompetenz-Entwicklung ihrer Kinder ist ein Erfolgsfaktor dieses Programms. Seit dem Programmbeginn sank die Zahl der Schüler ohne einen Abschluss von 17 % (2006) auf 11 % (2009) und die Quote der Abgänger mit höherwertigen Abschlüssen (Qualifizierender Hauptschul- oder Realschulabschluss) stieg von 49 % (2006) auf 59 % (2009). Junge Menschen mit Migrationshintergrund partizipieren besonders von dieser Entwicklung, sie stellen 64 % der Abgänger (285) der Schulen mit einem KEP der Schulsozialarbeit. Auch die Übergangsquoten in weiterführende Schulen zu einem mittleren Bildungsabschluss oder in eine Berufsausbildung haben sich seit Einführung des KEP sehr erfreulich entwickelt. Die Quote erfolgreicher Übergänge ist für junge Männer mit nicht deutscher Nationalität von 34 % (2006) auf 62 % (2008) und für junge ausländische Frauen von 42 % (2006) auf 60 % (2008) angewachsen². Damit haben die ausländischen KEP-Absolventen ihre deutschen Mitschüler überflügelt. Allerdings sind insbesondere die deutschen jungen Männer immer noch erfolgreicher bei der Einmündung in eine berufliche Ausbildung, während die Ausländer eher einen weiterführenden Schulbesuch nutzen.

Eine vergleichende Expertise der INBAS GmbH hat angesichts dieser Ergebnisse dem Kompetenz-Entwicklungs-Programm der Schulsozialarbeit sehr gute Arbeit auch im Vergleich zu den verschiedensten Modellen und Angeboten in anderen Kommunen und Regionen bescheinigt.

Sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit der Ausländerinnen ist nach wie vor stark unterdurchschnittlich

Trotz dieser vielfältigen und erfolgreichen Maßnahmen zeigt u. a. das Integrationsmonitoring die nach wie vor bestehenden Herausforderungen für eine gleichberechtigte Teilhabechance der Menschen mit Migrationshintergrund bzw. mit nicht-deutschem Pass auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote

² Leider liegen diese Daten für 2009 nicht vor.

der Ausländer beträgt 15,2 %, die der Deutschen 6,9 %. Insgesamt beträgt in 2009 die Quote der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsbeteiligung (18 bis u. 65 Jahre) der Ausländerinnen nur 30,7 % (deutsche Frauen 55,2 %) und der Ausländer 41 % (deutsche Männer 58,5 %). Bei der geringfügigen Beschäftigung sind dagegen die Ausländer deutlich überrepräsentiert. Auch beim Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung sind Ausländer mit 25,5 % (Frauen 26,2, Männer 25,1 %) mehr als doppelt so stark betroffen als ihre deutschen Kollegen (12,7 %) (siehe die Daten des Integrationsmonitorings 2009).

Ein Ausblick erübrigt sich an dieser Stelle, dies ist in der 1. Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits Ende 2009 umfassend geschehen.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2009	Zielerreichung 2010
Pflegekurs für Migrantinnen FWIA III	AWO Wiesbaden e. V.	Migrantinnen als Helferinnen in der Pflege, Qualifikation und Berufsorientierung im Pflegebereich	14 Teilnehmerinnen haben den Kurs bestanden und mit Zertifikat abgeschlossen	Der Pflegekurs für Migrantinnen FWIA IV wird im Jahr 2010 erneut durchgeführt.
Berufsorientierungskurse für qualifizierte Migrantinnen	Berufswege für Frauen e. V.	Qualifizierte Migrantinnen erhalten Orientierungshilfen zur adäquaten Integration auf dem Arbeitsmarkt	12 Teilnehmerinnen haben regelmäßig an den Kursen teilgenommen.	Die Berufsorientierungskurse werden im Jahr 2010 weiter durchgeführt.
USoS (Umfassende Sozioökonomische Stärkung)	Kubis e. V.	Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Betriebe sowie Hilfe für Jugendliche bei der beruflichen Orientierung	Das Projekt hat im Februar 2009 begonnen und hat eine Laufzeit bis Ende 2010.	

5.4 Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil

Das wollen wir erreichen:

Die Wohnsituation der auf dem Wohnungsmarkt benachteiligten Haushalte, vor allem der Familienhaushalte mit Migrationshintergrund, ist weiter verbessert und den Wiesbadener Normalbedingungen angenähert worden. Das gilt vorrangig für die angemessene Wohnungsgröße.

Ethnisch geschlossene Quartiere haben sich nicht herausgebildet, die sozialräumliche Entmischung hat nicht zugenommen, die Aufnahmegesellschaft hat sich weiter geöffnet für das interkulturelle Zusammenleben in den Nachbarschaften, in den Stadtteilen und in der Nutzung lokaler Infrastrukturen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Für die oben genannten Zielgruppen geeignete Wohnraumangebote sind durch Bestandspflege und Neubau erhalten und erweitert worden.
2. Zugangschancen und Belegungsrechte zugunsten der oben genannten Haushalte sind erhalten und erweitert worden, ohne deren räumliche Konzentration im Stadtgebiet zu erhöhen.
3. Die sozial gebundenen bzw. bewirtschafteten Wohnungen werden bedarfsgerecht und nach Maßgabe funktionierender Nachbarschaften belegt. Die im Zuge der Konsolidierung entwickelten und in Verbindung mit den Wohnungsunternehmen flexibel gestalteten Vergabeverfahren folgen diesen Grundsätzen.
4. Die Bildung von Wohneigentum durch Haushalte mit Migrationshintergrund wird gefördert und nimmt zu.
5. Die Chancen der Migrantinnen und Migranten zur Teilhabe am Leben in den örtlichen Gemeinschaften und zur Pflege ihrer kulturellen Identität in eigenen Gruppen sind in der Stadt und vor allem in den Stadtteilen gewachsen. Die Aktivitäten von Migranten/-innen in Vereinen werden gefördert, soweit sie der gesellschaftlichen Integration nicht abträglich sind. Die Migranten/-innen-Communities sind in die Stadtteilarbeit einbezogen.
6. Ein Netz stadtteilorientierter Angebote und eine dazugehörige soziale Infrastruktur sichert und verstärkt die sozialen Teilhabe-Chancen der Migranten/-innen; dieses in Wiesbaden besonders tragfähige Netz wird im Verbund verschiedener Träger und Initiativen auch unter Konsolidierungsdruck weiterentwickelt.

An den recht angespannten Verhältnissen des Mietwohnungsmarktes in Wiesbaden hat sich seit 2006 wenig geändert.

Zum ausgeglichenen Wohnungsmarkt fehlen etwa 4.400 Wohnungen.

Das Preisniveau inserierter Mietwohnungen ist auf einem hohen Niveau von etwa 8,00 € pro qm/Kaltmiete im Durchschnitt aller Wohnlagen und Baualtersklassen nur unwesentlich unter-

schritten. Da die allgemeine Bautätigkeit weiterhin recht gering ist, dürfte sich an diesen Verhältnissen im Laufe der nächsten Jahre nur relativ wenig ändern.

Auch in 2009 hat sich weder der Segregationsindex verändert, noch haben sich Verschiebungen hinsichtlich der von Migranten bevorzugt bewohnten Stadtteilen ergeben.

Pro Jahr werden zwischen 10 und 25 Anträge von Wohneigentum für „Schwellenhaushalte“ bewilligt. In den letzten Jahren wurde diese Förderung in auffallend hohem Maß von Haushalten mit Migrationshintergrund beantragt.

Von den bei der Wohnungsvermittlungsstelle registrierten wohnungssuchenden Haushalten verfügen 2009 mehr als 71% über die dt. Staatsbürgerschaft, 2007 lag der Anteil nur bei 62%. Der „gefühlte“ Migrationshintergrund von ca. 55% hat sich dabei nicht verändert.

Auch weiterhin leistet insbesondere der "ganzheitliche" Ansatz der quartiersbezogenen Stadterneuerungs-Projekte in Programmen der Quartiere der "Soziale Stadt" wichtige Unterstützung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens und damit zur Integration in den Stadtteilen „Inneres Westend“ und "Biebrich SüdOst“.

Zum einen sind Stadtteilbüros bzw. Quartiersmanagement-Teams die erforderlichen Infrastrukturen, die Projekte unterschiedlichster Träger vor allem zur Förderung der Bildungs- und der Erwerbsbeteiligung, zur Existenzgründungs- und Beschäftigungsförderung und zur Integration und Vernetzung in Stadtteilen entwickeln.

Hier sei insbesondere auf die breite Palette der aus dem Programm „Soziale Stärken vor Ort“ (früher „LOS“) geförderten Projekte hingewiesen, die inzwischen auch räumlich über die Programmquartiere „Soziale Stadt“ hinaus angelegt sein können: Gerade die jetzt mögliche Verbindung von Projekten im

„Inneren Westend“ mit dem „Bergkirchenviertel“ bietet für beide Quartiere erfolgversprechende Potentiale.

Zum anderen werden durch bauliche und städtebauliche Projekte Investitionen in diese Stadtteile geleitet, die für sich genommen unansehnliche „Ecken“ vorzeigbar ausgestalten und Räume für Nutzungen schaffen, von denen die Quartiere wie auch die Stadt insgesamt profitieren. Mit dem „Wellritzhof“ in der Wellritzstraße, ein Neubau mit der kombinierten Nutzung durch das städt. Kinderzentrum und für Seniorenwohnen, ergänzt um eine Frei- und Spielfläche wurde Ende 2009 ein gutes Beispiel fertig gestellt.

Ein Projekt mit vergleichbarer Ausstrahlung steht für Biebrich mit der geplanten Entwicklung des Quartierszentrums Bauhof in Kooperation mit dem Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. auf der Agenda.

Die Erfahrung zeigt, dass die durch diese programmfinanzierten Investitionen angestoßenen Aufwertungsprozesse darüber hinaus private Folgeinvestitionen im räumlichen Umfeld im erheblichen Umfang zur Folge haben können.

Diese Prozesse haben dahingehend integrative Wirkung, dass sie quartiersübergreifend attraktive Anziehungspunkte und Aufenthaltsqualitäten schaffen und so Beiträge leisten, mentale Grenzen“ abzubauen.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2008	Zielerreichung 2009
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V. für das Projekt „Maßnahmen im Stadtteil Wiesbaden-Erbenheim“	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.	Stärkung der Handlungskompetenzen im Alltag der Menschen mit Migrationshintergrund	Durchführung von frauenspezifischen Angeboten sowie Veranstaltungen zu den Themen Erziehung und Gesundheit und Förderung von Kindern.	Das im Jahr 2008 initiierte Angebot wurde weiter mit großer Resonanz durchgeführt. Das Projekt geht im Jahr 2010 weiter.
Förderung des Arbeitskreises Islamischer Gemeinden Wiesbaden für das Fastenbrechen auf dem Mauritiusplatz	Arbeitskreis Islamischer Gemeinden Wiesbaden	Durchführung eines religiösen Festes für alle Wiesbadener Einwohner	Das Projekt wurde am 06.09.2008 mit großer Resonanz durchgeführt.	Das Projekt wurde am 12.09.2009 mit großer Resonanz durchgeführt.
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V., Stadtteilbüro BauHof für das Projekt „Veranstaltungswoche Buntes Leben“	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.	Durchführen verschiedener Veranstaltungen zu den Themen Demokratie und Toleranz	Die Veranstaltungswoche wurde vom 26.05. bis 31.05.2008 durchgeführt.	Die Veranstaltungswoche wurde vom 25.05. bis 30.05.2009 durchgeführt.
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V., Stadtteilbüro BauHof für das Projekt „Verstetigung Lokalküche BauHof“	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.	Weiterentwicklung und Professionalisierung der bestehenden Lokalküche BauHof	Die Organisation und Strukturen der Lokalküche wurden weiter entwickelt und professionalisiert.	Im Rahmen des auf zwei Jahre angelegten HEGISS-Innovationsprojektes wurde die Organisation und Strukturen der Lokalküche weiter entwickelt und professionalisiert.
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V. für das Projekt „Gemeinsam leben in Biebrich - Partnerschaften im Stadtteil“	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.	Stärkung der Selbsthilfepotenziale von Migrantinnen und Verbesserung der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Institutionen im Stadtteil	80 Teilnehmerinnen haben an dem Projekt von 01/08 bis 12/08 teilgenommen	Ca. 201 Teilnehmerinnen haben an dem Projekt von 01/09 bis 12/09 teilgenommen.
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V. für das Projekt „PAKT - anpacken - zupacken - Mentoring für einen interkulturellen Migrantinnenverein“	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.	Kommunale Etablierung eines kulturell, religiös, ethnisch und politisch unabhängigen Migrantinnenvereins.	Projekt wurde 2009 erstmals gefördert.	Ca. 100 Teilnehmerinnen haben an dem Projekt seit seinem Start in 12/2009 teilgenommen.

5.5 Gesundheitsversorgung, Pflege und Beratung

Das wollen wir erreichen:

Der Zugang zu gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen, Pflege und effektiveren Behandlungsformen mit besseren Verständigungsmöglichkeiten ist zu verbessern.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Datengrundlagen für diesen Kompetenzbereich sind entwickelt. Akteursnetzwerke sind aufgebaut.
2. Bei der Bearbeitung des Themenfeldes Gesundheitsvorsorge, Pflege und soziale Beratung finden die Bedarfe älterer Migrantinnen und Migranten besondere Berücksichtigung.

Steuerung und Vernetzung

Festlegung des Handlungsprogramms Gesundheit durch den Steuerungskreis Gesundheit

Wie in den Vorjahren erfolgte die Festlegung des Handlungsprogramms Gesundheit und die Durchführung von Projekten und einzelnen Veranstaltungen in enger Abstimmung und Beratung mit dem Steuerungskreis Gesundheit zu den folgenden Bereichen:

- Information und Prävention,
- interkulturelle Kompetenz bei Fachpersonal,
- älteren Migrantinnen und Migranten.

Information und Prävention

812 Personen nahmen an den Veranstaltungen der Gesundheitslotsen teil

In 2009 führten die Wiesbadener Lotsinnen insgesamt 41 Veranstaltungen zu Gesundheitsthemen durch und erreichten dabei 812 Personen (702 Frauen und 110 Männer). 47 % der Teilnehmer kamen aus dem türkischen Sprachraum, ca. 25 % aus dem arabischen/berberischen, 12% waren urdu-sprachig. Mit Ausnahme des Diabetestages in arabischer Sprache und der Blutzuckermessaktion beim Sommerfest des Ausländerbeirates waren dies Veranstaltungen im klassischen Sinne: D.h. zu einem bestimmten Thema treffen sich die Teilnehmer mit den Wiesbadener Lotsinnen - teilweise unterstützt durch Fachleute aus dem medizinischen Bereich - in Räumen von Stadteinrichtungen, Vereinen, Privatwohnungen oder einer Lernküche.

**Schwerpunkt
Frauengesundheit**

Anpassung der Wiesbadener Kampagne zur Selbstuntersuchung der Brust an die Zielgruppe der Migrantinnen

Die Wiesbadener Kampagne zur Selbstuntersuchung der Brust anhand von Silikonmodellen („Denk an Dich“), ein Projekt des Gesundheitsamtes mit Förderung durch den Landesverband der BKK, wurde der Zielgruppe der Migrantinnen angepasst und seit Ende 2008 für Migrantinnen angeboten. Die Veranstaltungen fanden wohnungs- oder schulnah statt, die Lotsinnen sprachen die potentiellen Teilnehmerinnen direkt an und ermutigten sie zur Teilnahme. Um eine gute Qualität und ausreichend Hintergrundwissen zu gewährleisten, wurden die Informationsgespräche durch Frauenärztinnen gehalten. Die Informationen wurden kultursensibel und bedarfsgerecht von den Lotsinnen übersetzt, die das Gespräch so moderierten, dass ein Austausch zwischen den Teilnehmerinnen und Ärztinnen entstehen konnte.

Aufnahme weiterer Themen zur Frauengesundheit aufgrund der im Vorjahr geäußerten Bedürfnisse von Migrantinnen

Weitere Themen der Frauengesundheit, wie etwa Verhütung, Pubertät, Klimakterium, sowie die Aufklärung von muslimischen Mädchen und die Sensibilisierung deren Mütter wurden im Tandem Frauenärztin/Lotsin angeboten. Die Finanzierung der Lotsinnen übernahm das Einwohner- und Integrationsamt mit einer Förderung durch das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Die Kosten für den Einsatz der Frauenärztin wurden von der ÄGGF, Ärztliche Gesellschaft zur Gesundheitsförderung der Frau e. V., im Rahmen eines zeitlich beschränkten Projektes übernommen.

Über 400 Teilnehmerinnen an den Veranstaltungen der Gesundheitslotsinnen zur Frauengesundheit

28 Veranstaltungen wurden im Bereich der Frauengesundheit durchgeführt. Insgesamt wurden 416 Frauen erreicht. 70% davon hatten einen türkischen Migrationshintergrund. Dieser hohe Prozentsatz entstand durch das besondere Engagement einer Lotsin türkischer Herkunft.

Schwerpunkt Diabetes

Am 26. April 2009 fand unter der Mitarbeit arabischer Gesundheitslotsinnen ein Diabetestag in arabischer Sprache statt. Die kostenlosen Untersuchungen wie etwa die Anamnese der Füße kamen ebenso gut an, wie die diabetesgerechte Zubereitung des Buffets. Die Rezepte der zubereiteten Speisen waren sehr

Hoher Zuspruch für das Angebot eines Diabetestages in arabischer Sprache

begehrt. Neu war für viele Teilnehmerinnen die Erfahrung, dass für alle Familienmitglieder - etwas abgeändert - gleich gekocht werden kann und liebe Gerichte nicht ganz vom Speiseplan gestrichen werden müssen. Die 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfuhren in arabischer Sprache (mit Übersetzung ins Berberische) oder in deutscher Sprache (mit Übersetzung ins Arabische) alle nötigen Informationen, um ihre Motivation und ihre Fähigkeit zu steigern, präventiv tätig zu werden. Wichtig für den Erfolg der Veranstaltung war die Tatsache, dass die meisten Ärzte das gesetzte Ziel, ihre Vorträge visuell zu unterstützen und in einer einfachen Umgangssprache vorzutragen, voll erreichten. Zeitweise gab es „standing ovations“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich erleichtert, Informationen aus erster Hand in ihrer Sprache erhalten zu haben. Auch recht fließend deutsch sprechende Besucher fanden das Angebot in der Muttersprache hilfreich, da es um medizinische Informationen und Zusammenhänge ging. Vor allem ältere Migrantinnen und Migranten äußerten ihre Freude über das Angebot.

Kochkurse für Diabetikerinnen zur nachhaltigen Gesundheitsprävention

Damit die durch Diabetestage in arabischer und türkischer Sprache gewonnenen Erkenntnisse in das Alltagshandeln überführt werden können, wurden Kochkurse für Frauen mittleren oder fortgeschrittenen Alters mit Diabetes Typ II oder starkem Übergewicht angeboten. Es wurden auch Frauen aufgenommen, die ihren erkrankten Partner versorgen. Die Teilnehmerinnen lernten Rezepte diabetesgerecht anzupassen, damit für die ganze Familie einheitlich gekocht werden kann. An 7 Kochkursen nahmen 76 Frauen teil. Sie verteilten sich je zur Hälfte auf die Sprachen Urdu und Berberisch / Arabisch.

Internationale Begegnungen beim Sommerfest des Ausländerbeirats

Während des Sommerfestes des Ausländerbeirates boten fünf Wiesbadener Lotsinnen eine Blutzucker-Messaktion an und erreichten ca. 160 Personen.

Schwerpunkt
Seelsorge

Start des Projektes Muse - Aufbau einer institutionalisierten muslimischen Seelsorge Ende 2008



als Modellprojekt des Europäischen Integrationsfonds

Der Bedarf der muslimischen Migranten an spezifischer, kultur- und religionssensibler Versorgung und Betreuung insbesondere in Fällen von Krankheit, Konflikten und persönlichen Problemen ist ein wichtiges Handlungsfeld der Integration.

Im November 2008 wurde das Projekt MUSE durch das Einwohner- und Integrationsamt mit Unterstützung des EU-Integrationsfonds gestartet. Ziel dieses Projektes ist der Aufbau einer institutionalisierten muslimischen Seelsorge, die mit Unterstützung von dafür qualifizierten Laienhelfern durchgeführt wird. Die islamischen Gemeinden Wiesbadens waren von Beginn an eingebunden.

Die zeitnahe operative Steuerung des Projektes erfolgt durch die Projektleitung und die Leiterin der Integrationsabteilung in Kooperation mit dem finanzverantwortlichen Mitarbeiter der Integrationsabteilung für dieses Projekt. Die fachliche Begleitung des Projektes erfolgt durch einen Fachbeirat. Mitglieder des Beirates sind Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Islamischer Gemeinden in Wiesbaden, der beiden christlichen Kirchen, der seit Projektbeginn beteiligten Institutionen (Dr. Horst-Schmidt-Klinik, Jugendstrafvollzugsanstalt), des Einwohner- und Integrationsamtes, Professor Takim, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, und Professor Rohe, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, sowie die Dezernentin für Bürgerangelegenheiten und Integration der Landeshauptstadt Wiesbaden. Die Moderation des Fachbeirates hat der ehemalige Dezernent für Bürgerangelegenheiten und Integration übernommen.

In 2009 wurde ein umfangreiches Schulungskonzept erarbeitet und mit der Qualifizierung von 15 Laienhelfern für den Einsatz in der muslimischen Seelsorge begonnen. Einsatzorte werden im ersten Schritt die HSK sowie in Ausnahmefällen die Jugendstrafvollzugsanstalt sein.

Durch den Austausch mit den islamischen Gemeinden, den Dr. Horst-Schmidt-Kliniken, der Jugendstrafvollzugsanstalt, der

Polizei und weiteren Kooperationspartnern wie z.B. Migrationsberatungsstellen eröffnen sich weitere Bereiche der Zusammenarbeit und Tätigkeitsfelder. Ebenso sind die vielen Anfragen aus anderen Städten oder Vereinen bezüglich des Projektkonzeptes von Muse ein Beleg, dass der Bedarf an muslimischer Seelsorge durchaus erkannt, jedoch adäquate Konzepte bezüglich der Aufarbeitung des Themas noch fehlen.

Zur Durchführung der nächsten Projektphase wird erneut ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Programms des Europäischen Integrationsfonds gestellt.

Schwerpunkt Unfallprävention

Die meisten Unfälle, bei denen Kinder zu den Betroffenen gehören, ereignen sich im häuslichen Umfeld. Gemeinsam mit einer Ausbilderin für Kinderpflege in der HSK wurde ein Informationsabend für pakistanische Mütter zur Verhinderung von Verletzungen durch Verbrennungen und Verbrühungen bei Kleinkindern als Prototyp entwickelt und durchgeführt. Die Frauen aus Pakistan fanden die Informationen sehr interessant aber nicht neu. Eine Entscheidung, Informationsabende auch für andere Kulturkreise durchzuführen, ist noch nicht getroffen.

Schwerpunkt Sport

Das im Auftrag des Landessportbundes Hessen und finanziell durch das Gesundheitsamt geförderte Projekt „Start“ begann im Juni 2007 an der Anton-Gruner-Schule unter dem Motto „Familien bewegen“ mit dem Ziel, Familien - besonders diejenigen mit adipösen Kindern - zu mehr körperlicher Bewegung anzuregen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es über die Kooperation mit dem WIF (Wiesbadener Internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungszentrum) und Xenia - interkulturelle Projekte e.V. sowie der Eintracht Wiesbaden gelungen, neben den Kindern deren Mütter und weitere Frauen für die zahlreichen Bewegungs- und Sportangebote, u.a Radfahren, zu erreichen. Außerdem wird längerfristig die Integration der Teilnehmerinnen in bestehende Strukturen der Wiesbadener Turn - und Sportvereine ebenso wie die Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten zu Übungsleitern angestrebt. Als vorgeschaltete Maßnahme ist in 2010 ein 150-stündiger

Projekt Start - Sport überwindet kulturelle Hürden

Ausbildung von Übungsleiterinnen zur Erhöhung der Migrantinnenquote im Breitensport

Sprachkurs vorgesehen, innerhalb dessen die Sprachkompetenz der angehenden Übungsleiterinnen allgemein verbessert werden soll und um den für die Vereinsarbeit unverzichtbaren Fachwortschatz ergänzt wird. Die Finanzierung des Gesamtprojektes muss aufgrund weggefallener Mittel des Gesundheitsamtes auf neue Beine gestellt werden.

Das Angebot zusätzlicher Badezeiten für Frauen findet zunehmend regen Zuspruch insbesondere von muslimischen Frauen

Das Hallenbad Kostheim ist seit März 2009 samstags von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr ausschließlich für weibliche Badegäste geöffnet. Insbesondere bei muslimischen Frauen findet dieses Angebot großen Anklang. Insgesamt 1.440 Frauen kamen in der Zeit von März 2009 bis zum Beginn der Renovierungsarbeiten Mitte Juli 2009 (durchschnittlich 76 TN). Nach der Wiedereröffnung im Oktober gab es leichte „Anlaufschwierigkeiten“ bis Jahresende mit durchschnittlich 16 TN. In 2010 sind die Besucherinnenzahlen wieder deutlich gestiegen und lagen bis Ende März 2010 bei durchschnittlich 83 Besucherinnen pro Badezeit (insgesamt 995 Frauen bis 03/ 2010).

Demographischer Wandel und erhöhtes Armutsrisiko bei älteren Migrantinnen und Migranten führen zu Handlungsbedarfen

Ältere Migrantinnen und Migranten

Neben dem demographischen Wandel und den sich hieraus ergebenden Handlungsbedarfen im Bereich Seniorentreffs, Altenpflege, Angebote für selbständiges Leben im Alter und ähnlichen Regelangeboten zeigt sich, dass ältere Migranten gegenüber den gleichaltrigen Deutschen einen deutlich schlechteren Gesundheitszustand haben. Auch die Wahrscheinlichkeit eines insgesamt höheren und auch in früheren Phasen eintretenden Hilfe- und Pflegebedarfs ist sehr groß. Aufgrund der vielfach geringen Renten haben ältere Migranten auch ein deutlich höheres Armutsrisiko und damit auch ein erhöhtes Risiko gesundheitlicher Beeinträchtigungen.

Ältere Migrantinnen und Migranten stellen keine homogene Gruppe dar

Darüber hinaus sind die älteren Migranten keine homogene Gruppe, sondern durch erhebliche kulturelle, religiöse und sprachliche Unterschiede und Bildungsniveaus gekennzeichnet. Auch herrschen völlig unterschiedliche Sozialisationen und

Wertesysteme vor, die davon beeinflusst wurden, inwieweit sie aus ländlichen oder urbanen Regionen ihres Herkunftslandes eingewandert sind. Nach Aufgabe der Erwerbsarbeit kann es zu Rückzugstendenzen in die eigene ethnische Bezugsgruppe kommen, quasi eine „Wiederbelebung der Ethnizitäten im Alter“.

Sprachdefizite und erhöhtes Risiko der sozialen Isolation im Alter

Durch die langjährige Orientierung an eine Rückkehr im Alter in das Heimatland und das Fehlen adäquater Integrationsangebote herrschen in der Gruppe der älteren Migranten vielfach Sprach- und Integrationsdefizite, eine stärkere soziale Isolation und anders als bei den deutschen Älteren ein Männerüberschuss, bedingt durch die Anwerbung männlicher Arbeitskräfte in der ersten Phase der Arbeitsmigration, vor.

Diese Faktoren gilt es bei der Schaffung von speziellen Angeboten für ältere Migranten im Bereich Gesundheit zu beachten. Um Partizipation, Integration und bessere gesundheitliche Versorgung für ältere Migranten zu erreichen, ist ein beidseitiger Ansatz nötig. Zum einen gilt es, den traditionellen Bereich der Altenhilfe interkulturell zu öffnen und um spezielle Angebote wie z.B. muttersprachliches Personal (auch Pflegepersonal) zu erweitern. Zum anderen gilt es, Migrantenselbstorganisationen zu fördern und sie zu befähigen, adäquate Angebote für Ältere eigenständig zu entwickeln und zu begleiten.

Diskussion möglicher Handlungsansätze auf der Grundlage der Studie zu Lebenslagen älterer Migrantinnen und Migranten gemeinsam mit Forschungsergebnissen der Hochschule Rhein-Main in 2010

Die für 2009 vorgesehene Fortsetzung der Diskussion und der daraus resultierenden Konsequenzen zur Studie der Lebenslagen älterer Migranten in Wiesbaden des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik sollte im Zusammenhang mit der Forschungsarbeit „Ältere Migranten im Quartier - Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe“ der Hochschule Rhein-Main und der Fachhochschule Fulda erfolgen. Ziel dieser Forschungsarbeit ist es, die Lebensbedingungen älterer Migrantinnen und Migranten zu untersuchen, Anforderungen und Anregungen für die Ausgestaltung eines selbstbestimmten Lebens im Alter zu beschreiben bzw. einzuleiten. Aufgrund von Verzögerungen innerhalb des

Forschungsvorhabens werden die Ergebnisse einer im Rahmen des Forschungsvorhabens geplanten aktivierenden Befragung erst im letzten Quartal 2010 vorliegen.

Ergänzende Untersuchung zur kultursensiblen ambulanten Altenpflege von älteren Migrantinnen und Migranten liegt vor

Ziel der Untersuchung zur kultursensiblen ambulanten Altenpflege des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik war es u.a. herauszufinden, inwieweit bei den ambulanten Pflegediensten das Konzept der kultursensiblen Altenhilfe Berücksichtigung findet und in der täglichen Praxis der ambulanten Pflege umgesetzt wird. Die im Steuerungskreis Gesundheit diskutierten Daten ergaben, dass Handlungsbedarf vorhanden, das Problem in der Pflege aber bereits erkannt ist. Es besteht ein Interesse an allgemeiner Unterstützung und weiterer Informationen zum Umgang mit verschiedenen kulturellen Bedürfnissen bei der Mehrzahl der Pflegedienste.

Geeignetes Informationsmedium für Angehörige oder Betroffene über mehrsprachiges Personal bei den ambulanten Pflegediensten ist noch nicht gefunden

Für Angehörige und Betroffene erscheint es sinnvoll, Informationen über Pflegedienste mit mehrsprachigen Mitarbeitern bereit zu halten. Mehrsprachiges Personal kann insbesondere im Kontakt mit älteren Migrantinnen und Migranten aufgrund geringerer Verständigungsschwierigkeiten besser auf deren Gefühle, Bedürfnisse und Informationsbedarf eingehen. Aufgrund der hohen Mitarbeiterfluktuation im Personalbestand der ambulanten Pflegedienste besteht aber bei einer Broschüre das Risiko, dass die Daten bereits beim Erscheinen möglicherweise nicht mehr aktuell sind. Alternativ zur Broschüre könnte eine Einstellung und Abruf per Internet (analog der Platzbörse im KT Bereich) eine Lösung darstellen.

Neuer Qualifikationskurs ab Februar 2009 für Migrantinnen zur Altenhilfe Service Assistentin

Mit Unterstützung der Integrationsabteilung führte das Fort- und Weiterbildungsinstitut der Arbeiterwohlfahrt in Kooperation mit der Internationalen Familienbildungsstätte der Arbeiterwohlfahrt von Februar bis Juli 2009 mit 15 Teilnehmerinnen einen Kurs für Migrantinnen zur Ausbildung als Altenhilfe Service Assistentin durch. Bestandteil des Kurses waren 200 Unterrichtseinheiten theoretische und praktische Unterweisung in der Pflege und das Zusatzmodul einfache Behandlungspflege nach § 87b Abs.3 SGB XI und der Betreuungskräfte-Richtlinie vom

19.08.2008. Weiterer Bestandteil der Ausbildung war ein fachbezogener Deutschunterricht in der Fachterminologie für den Pflegebereich und Unterstützungsleistungen im Bewerbungsverfahren. Während allen Unterrichtseinheiten wurde eine Kinderbetreuung sichergestellt. 14 Teilnehmerinnen haben die Ausbildung erfolgreich mit einem Zertifikat bestanden.

Interkulturelle Kompetenz bei medizinischem Fachpersonal

"Migrant-friendly-Hospital"

Wie in den Vorjahren erschwerten die Umstrukturierungsmaßnahmen und die damit verbundenen Veränderungen und Arbeitsbelastungen des Klinikpersonals die weitere Umsetzung auf dem Weg zum "Migrant-friendly-Hospital" bei den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken. Gleichwohl ist seit dem Beginn des Projektes Muse ein weiterer Schritt hin zu einem "Migrant-friendly-Hospital" getan.

Interkulturelle Kompetenz bei der Landesärztekammer

Die Akademie der Landesärztekammer hat das Thema Interkulturelle Kompetenz in ihr Schulungsprogramm mit entsprechender Bepunktung aufgenommen. Hier ging der wesentliche Impuls von Wiesbaden aus. Nach der Evaluierung der ersten Schulungsstaffel steht eine Überarbeitung und Erweiterung der Module an. Ein erstes Treffen bei der Akademie der Landesärztekammer zur Klärung des weiteren Vorgehens hat stattgefunden.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2008	Zielerreichung 2009
Gesundheitsthemen Sprachkursen in	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Kenntnisse über Präventionsthemen im Gesundheitsbereich	Fortführung der Gesundheitsthemen in den „Mama spricht Deutsch“-Kursen als Regelangebot. Die „Mama lernt Deutsch“ Kurse sind aufgrund der Novellierung der Integrationskursverordnung Bestandteil der Integrationskurse	Gesundheitsthemen sind weiterhin ein Teil der Mama spricht Deutsch Kurse

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2008	Zielerreichung 2009
			geworden.	
Gesundheitslotsen	Einwohner- und Integrationsamt (Förderung durch das Land Hessen)	Muttersprachliche und kultursensible Informationsvermittlung	30 Veranstaltungen mit insgesamt 255 Teilnehmern wurden durchgeführt. Schulungen zu weiteren Modulen (Frauengesundheit, Diabetes) haben stattgefunden. Muttersprachliche Führungen bei den Hessischen Gesundheitstagen auf dem Schlossplatz mit ca. 50 TN sind durchgeführt.	In 2009 führten die Wiesbadener Lotsen insgesamt 41 Veranstaltungen zu Gesundheitsthemen durch und erreichten dabei 812 Personen
Familien bewegen	Gesundheitsamt	Familien mit adipösen Kindern zu mehr Bewegung anregen	Ausweitung des Angebotes auf weitere Standorte ist erfolgt	Regelmäßige Angebote in Kooperation mit der Eintracht Wiesbaden haben stattgefunden.
„Diabetes“	Einwohner- und Integrationsamt	Information über Entstehung und Auswirkungen von Diabetes vermitteln	Schulung der Wiesbadener Lotsen rund um das Thema Diabetes hat begonnen.	Diabetestag in arabischer Sprache mit Fachärzten und Gesundheitsmesse hat mit 120 Teilnehmern stattgefunden.
Diabetiker Selbsthilfegruppe für türkische Migranten	Einwohner- und Integrationsamt	Gründung einer Selbsthilfegruppe	Selbsthilfegruppe trifft sich bis Mitte 2008.	-
Kochkurs für Diabetiker	Einwohner- und Integrationsamt	Gewonnene Erkenntnisse in Alltagshandeln überführen	Planung für Kochkurse in mehreren Sprachen hat begonnen.	An 7 Kochkursen nahmen 76 Frauen teil. Sie verteilten sich je zur Hälfte auf die Sprachen Urdu und Berberisch / Arabisch.
Studie zur Lebenssituation älterer Migranten	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik	Abbildern der Lebenssituation älterer Migranten und Diskussion daraus abzuleitender Handlungsempfehlungen	Studie ist im Steuerungskreis Gesundheit vorgestellt und diskutiert. Arbeitsprogramm für 2009 ist beschrieben.	Arbeitsprogramm wird nach Vorliegen der Ergebnisse des Forschungsprojektes der Hochschule Rhein-Main mit Blick auf Projekte mit Migrantenbeteiligung auf 2010 verschoben.
Förderung Pflegekurs für Migranten	Arbeiterwohlfahrt	Qualifikation und Berufsorientierung im Pflegebereich für	6 Teilnehmerinnen haben den Kurs mit zertifiziertem Ab-	14 TN haben die Ausbildung als Altenhilfe Service

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2008	Zielerreichung 2009
		Migrantinnen	schluss bestanden.	Assistentin erfolgreich mit einem Zertifikat bestanden.
Migrant-friendly-Hospital	Einwohner- und Integrationsamt	Planung und Umsetzung eines "migrantenfreundlichen" Krankenhauses	Fortbildungsmaßnahme hat Ende November 2008 stattgefunden.	Keine weiteren Aktivitäten in 2009
Interkulturelle Kompetenz im Schulungsprogramm der Landesärztekammer	Einwohner- und Integrationsamt	Vermittlung von interkultureller Kompetenz für Ärzte	Evaluation hat stattgefunden, Inhalte sind überarbeitet und weiterentwickelt worden.	Schulungsprogramm besteht weiter, soll allerdings überarbeitet werden.
Forschungsprojekt „Quartierbezogene Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten“	Fachhochschule Wiesbaden, Fachbereich Sozialwesen	Bedingungen und Barrieren einer angemessenen Lebensführung älterer Migranten	Antrag auf Förderung durch Ministerium für Bildung und Forschung ist gestellt.	Förderung liegt vor. Projekt hat mit stadtteilbezogenen Migrantengruppen in Biebrich und Westend begonnen.
Muse - Aufbau einer institutionalisierten muslimischen Seelsorge in Wiesbaden	Einwohner- und Integrationsamt	Aufbau einer institutionalisierten muslimischen Seelsorge in Wiesbaden	Förderung des Projektes im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds wurde erreicht	Schulungskonzeption ist entwickelt, 15 Seelsorgehelfer wurden ausgewählt und deren Qualifizierung hat begonnen. Projektbeirat hat seine Arbeit aufgenommen. Kooperation mit der HSK und der JVA ist geklärt.

Ausblick

Information und Prävention

Die Angebote der Gesundheitslotsen rund um das Thema **Diabetes** wird in 2010 fortgesetzt. Die Zusammenarbeit mit diabetologischen Schwerpunktpraxen wird intensiviert. Weiterhin sind verstärkte Bemühungen zu einer verbindlichen Kooperation mit den Krankenkassen notwendig, um über diese die Verstärkung der entwickelten Prototypen erreichen zu können.

Das Projekt Denk an Dich wird 2010 fortgeführt werden. Gemeinsam mit den Angeboten der Lotsinnen und Lotsen im Handlungsfeld Bildung ist eine groß angelegte Kampagne der Öffentlichkeitsarbeit zur weiteren Akquise von Teilnehmerinnen vorgesehen.

Die Qualifizierung der ersten Gruppe von muslimischen Seelsorgehelferinnen und -helfern im **Projekt Muse** wird abgeschlossen. Die Akquise und Schulung einer zweiten Gruppe von ca. 15 Personen soll durchgeführt werden. Alle Helferinnen und Helfer werden zunächst überwiegend in den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken, einem Krankenhaus der Vollversorgung, und in Ausnahmefällen in der Jugendstrafvollzugsanstalt eingesetzt. Die Kooperation mit weiteren Krankenhäusern, Altenheimen, Frauenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen und die dortigen Einsätze sind zu organisieren. Die fortlaufende Dokumentation der Einsätze und das darauf aufbauende Berichtswesen werden etabliert und verstetigt. Eine wissenschaftliche Auswertung und Veröffentlichung von Erfahrungsberichten aus den Einsätzen der ersten und zweiten Schulungsgruppe soll erfolgen. Eine Anlaufstelle im erweiterten Innenstadtbereich soll aufgebaut werden. Es ist vorgesehen, eine Spezialisierung der muslimischen Seelsorgehelfer auf verschiedene Themenbereiche vorzunehmen, um besondere Bedarfe bewältigen zu können.

Ende 2010 soll der Einstieg in eine qualitative Auswertung des Projektes erfolgen. Hier werden z.B. über eine Befragung der verschiedenen Akteure in diesem Projekt (Seelsorgehelfer, beratene Personen, Personal der Institutionen, in denen die Seelsorge durchgeführt wird) der wahrgenommene Bedarf und die Qualität des Angebotes (Schulungen, Organisation des Einsatzes der Seelsorgehelfer, Ausgestaltung des Angebotes der Anlaufstelle und Rückmeldungen zum Einsatz der Seelsorgehelfer) evaluiert. Eine wissenschaftliche Begleitung wurde durch Herrn Professor Rohe, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, organisiert.

Auf der Basis der Zahlen aus dem Berichtswesen, den Ergebnissen der Zwischenprojektevaluation und den konkreten Erfahrungen aus dem Projekt werden ab Ende 2010 Vorschläge zur Verstetigung des Angebots entwickelt, die in 2011 den kommunalen Körperschaften zur Entscheidung vorgelegt werden sollen.

Ältere Migrantinnen und Migranten

Das vom Steuerungskreis Gesundheit erarbeitete 12 Punkte Programm als Diskussionsergebnis der **Studie zur Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten** des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik wird mit den Ende 2009 erwarteten ersten Ergebnisse des **Forschungsprojektes „Quartierbezogene Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten“** der Hochschule Rhein-Main und den Ergebnissen der Studie zur kultursensiblen ambulanten Altenpflege abgeglichen und voraussichtlich in 2010 zu einem Schwerpunktthema werden.

Interkulturelle Kompetenz bei medizinischem Fachpersonal

Der weitere Fortgang des Projektes **"Migrant-friendly-hospital"** an den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken in 2010 ist abhängig von den klinikinternen Entwicklungen. Eine vernünftige Vorhersage über den Fortgang kann derzeit nicht getroffen werden.

Handlungsfeld Sport

Gemeinsam mit dem Landessportbund Hessen wird eine neue Finanzierung der Übungsleiterin für die Angebote für Migrantinnen innerhalb des Projektes **Start - Sport überwindet kulturelle Hürden** gesucht.

Die Sportübungsleiterinnenausbildung für Migrantinnen, die durch einen sportspezifischen Sprachkurs ergänzt wird, wird voraussichtlich 2010 durchgeführt werden. Die Teilnehmerinnen erhalten ein Abschlusszertifikat des Deutschen Sportbundes.

In der Fortschreibung des Integrationskonzeptes für 2010-2014 soll das Handlungsfeld Gesundheit um den Themenbereich Sport mit eigener Zielsetzung erweitert werden.

5.6 Integrationskompetenz der Verwaltung

Das wollen wir erreichen:

Das Leitbild der Integration ist in der Verwaltung akzeptiert und verankert. Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt damit Vorbildfunktion.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten ist erhöht.
2. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen ist erhöht.
3. Eine stabile Steuerungsstruktur zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes ist geschaffen. Integration ist als Querschnittsaufgabe etabliert.
4. Die Vernetzung von Integrationsleistungen der verschiedenen Akteure ist verbessert.

Steuerung und Vernetzung

Ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration

Zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes arbeitet die bereits bei Erstellung des Integrationskonzeptes bewährte ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe, in der auch der Ausländerbeirat und die Freien Träger AWO und Caritas fest vertreten sind. Diese begleitet und steuert kontinuierlich den Start der einzelnen Handlungsfelder nach der Systematik des Konzeptes, legt das Controlling fest, stellt die Rückkopplung zentraler Ergebnisse in den politischen Raum sicher und bereitet den Integrationsbericht vor.

Steuerungsgruppe "Integrationskompetenz der Verwaltung"

Eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe bestehend aus Mitarbeiter/-innen des Personal- und Organisationsamtes, der städtischen Frauenbeauftragten und des Einwohner- und Integrationsamtes wurde bereits 2004 eingerichtet. Die Steuerungsgruppe hat ein konkretes Handlungsprogramm erarbeitet und steuert die Umsetzung der Maßnahmen. Die ämterübergreifende Steuerungsgruppe ist seit 2007 um Mitarbeiter/-innen des Personalsteuerungsdienstes des Personalamtes und einer Vertreterin des Gesamtpersonalrates erweitert.

Projekte und Maßnahmen

Seminar „Interkulturelle Kompetenz“

Seit dem Jahr 2009 ist das Trainerteam um eine Mitarbeiterin vom Amt 51 mit türkischem Migrationshintergrund verstärkt. Gleichzeitig wurde die Dauer des Seminars seit diesem Jahr von bisher zwei Tagen auf drei Tage ausgedehnt.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
Ausbildungsmodul Interkulturelle Kompetenz	Einwohner- und Integrationsamt	Thema Interkulturelle Kompetenz ist als Standard in allen Ausbildungsgängen gesetzt.	33 Auszubildende aus den Ausbildungsgängen IA, FAB, KFB und VFA geschult.	32 Auszubildende aus den Ausbildungsgängen IA, FAB, KFB und VFA geschult.
Fortbildung für alle Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt im städtischen Angebot	Einwohner- und Integrationsamt	Alle städtischen Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt sind fortgebildet.	49 Mitarbeiter/-innen (Fortbildung und 51.51) geschult.	32 Mitarbeiter/-innen (Fortbildung und AdA-Lehrgang) geschult.

Ausblick

Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen

Um den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen, soll die Akquise von Auszubildenden durch gezielte Informationen der Zielgruppe verstärkt werden. Hier sind u. a. spezielle Informationsveranstaltungen bei Migrantenselbstorganisationen geplant. Eine erste Veranstaltung wird in der ersten Jahreshälfte 2010 stattfinden.

Fortbildungsmodul „Interkulturelle Kompetenz für Führungskräfte“

Gemeinsam mit dem Personalsteuerungsdienst des Personalamtes soll ein Konzept für ein Fortbildungsmodul „Interkulturelle Kompetenz für Führungskräfte“ erstellt werden. Inhalt dieser Fortbildung soll insbesondere die Wichtigkeit „Interkultureller Kompetenz“ als Anforderungsprofil bei den städtischen Stellenausschreibungen sein. Daneben soll noch explizit darauf eingegangen werden, welchen Nutzen Mitarbeiter/-innen haben, die über diese Kompetenz verfügen. Ein erstes Fortbildungsmodul soll in der zweiten Jahreshälfte 2010 durchgeführt werden.

6 Schlüsselprojekte

6.1 Gemeinsam leben in Biebrich - Integrationslotsinnen im Stadtteil

Ein Modellprojekt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, in Trägerschaft des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V., gefördert durch das Einwohner- und Integrationsamt der Stadt Wiesbaden

Zielsetzung und Hintergrund des Projekts

Ende 2000 wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden mit dem Standort Biebrich SüdOst in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Seitdem wurden im Rahmen des Programms im Stadtteil eine Reihe baulicher und soziokultureller Maßnahmen durchgeführt um das Image des Stadtteils und die Lebensqualität der dort lebenden Menschen zu verbessern. Bereits im Jahr 2001 wurde der BauHof als Zentrum des Quartiermanagements der „Sozialen Stadt“ und der Gemeinwesenarbeit des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. sowie einer Vielzahl von Bildungsangeboten für internationale Nachbarschaft eingerichtet. Der BauHof als Ansprechpartner für Institutionen und Ämter aber auch für die Menschen im Quartier wurde auch der Standort der Integrationslotsinnen.

53% der im Stadtteil Biebrich SüdOst lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund; Menschen mit 80 unterschiedlichen Nationalitäten leben hier. Erfahrungen aus Sprach- und Integrationskursen sowie der Allgemeinen Sozial- und Lebensberatung im BauHof zeigten, dass die bestehenden Angebote nicht vollständig die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten abdeckten. Insbesondere fehlte ein niedrigschwelliges Angebot für wenig integrierte und neu zugewanderte Mig-

rantinnen und Migranten, die häufig nur schlecht deutsch sprechen, sich mit Behörden und Ämtern in Deutschland nicht auskennen und praktische Hilfe bei individuellen Fragestellungen und Problemen im Alltag benötigen.

Die Integrationslotsinnen schließen diese Lücke im Beratungsangebot. Sie unterstützen bei der Orientierung im neuen Land und im neuen Stadtteil, helfen im Alltag und geben Anleitung zur Selbsthilfe. Ganz konkret begleiten die Lotsinnen bei Gängen zu Ämtern, Behörden, Schulen, Wohnungsbaugesellschaften oder Ärzten oder helfen beim Aufsetzen von Schriftstücken oder beim Ausfüllen von Anträgen. Darüber hinaus werden Klientinnen und Klienten aber bei Bedarf auch in Alphabetisierungs- oder Integrationskurse sowie andere Bildungs- oder Kulturangebote weitervermittelt.

Auch die Integrationslotsinnen selbst sind Migrantinnen, die ihre Aufgabe auf ehrenamtlicher Basis übernommen haben. Zum einen ist es für sie, die selbst einmal zugewandert sind, viel leichter, das Vertrauen von anderen Zuwanderern zu gewinnen. Zum anderen sollen sie damit zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil beitragen und damit gleichzeitig auch zur Stärkung der Eigeninitiative und Partizipation von Migranten.

Die Lotsinnen sind außerdem Ansprechpartnerinnen für die Biebricher Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Sozialverwaltungen in allen Situationen, in denen Unterstützung wegen Sprachproblemen und Schwierigkeiten aufgrund kultureller Unterschiede benötigt wird. Der andauernde Dialog zwischen den Migrantinnen und den Ämtern, Behörden und Einrichtungen soll zu einer Imageverbesserung der Migrantinnen und Migranten sowie zu einer interkulturellen Öffnung der Institutionen führen.



Biebricher Integrationslotsinnen

Umsetzung

Das Projekt war auf drei Jahre, vom 01.10.2006 bis zum 30.09.2009, angelegt. Als Bundesmodellprojekt wurde es vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, vom Integrationsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie vom Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. gefördert. Träger war der Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. Die Projektsteuerung lag beim Migrationsdienst des Caritasverbandes sowie beim Stadtteilbüro BauHof, der gleichzeitig auch Standort der Integrationslotsinnen war.

Im Rahmen des Projekts wurden 11 Frauen zu Integrationslotsinnen ausgebildet. Die Lotsinnen kommen aus der Türkei, Marokko, Russland, Peru, Afghanistan und dem Irak und sprechen insgesamt 13 verschiedene Sprachen - alle aber sprechen sie fließend deutsch und können so zu Mittlern zwischen den Kulturen werden. Im November 2008 erhielten sie ihre Ausbildungszertifikate. Danach standen sie auf ehrenamtlicher Basis als Ansprechpartnerinnen für Migrantinnen und Migranten und die verschiedenen Institutionen bereit.

Im Rahmen ihrer Ausbildung haben die Frauen an 140 Unterrichtsstunden zu folgenden Themen teilgenommen:

- Sozialkulturelle Infrastruktur im Stadtteil
- Wohnen im Stadtteil
- Schulformen und Schulsysteme
- Ernährung und Gesundheitsthemen
- Kultursensible Alten- und Pflegehilfe
- Kindertageseinrichtungen und Kinderkulturarbeit
- Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Integrationsvereinbarung mit den muslimischen Gemeinden
- Zuwanderungsgesetz
- Rund um Schwangerschaft und Geburt
- Exkursion zum Transkulturellen Lernhaus der Frauen in Frankfurt
- Interkulturelle Kompetenz
- Moderation
- Mediation
- Dolmetschen als Laien.

Zur Schaffung eines umfangreichen Netzwerks für die Lotsinnen wurde bereits während der Ausbildungsphase im Rahmen von Exkursionen direkter Kontakt zu Behörden, Ämtern, Ausländerbeiräten, Ortsbeiräten und politischen Gremien hergestellt um sich kennen zu lernen und Informationen auszutauschen. Die Lotsinnen haben außerdem Veranstaltungen selbst organisiert und durchgeführt sowie an Veranstaltungen teilgenommen, um ihr Projekt von Anfang an in den Köpfen potentieller Multiplikatoren zu verankern. So wurde im Biebricher Bauhof ein Kulturabend organisiert und eine Präsentation des Projekts für Einrichtungen im Stadtteil durchgeführt. Am Weltfrauentag im Wiesbadener Rathaus, auf Stadtteilfesten in Biebrich und bei Fachtagungen anderer Träger haben die Frauen teilgenommen. Zudem haben einige Lotsinnen am stadtweiten Projekt „Wiesbaden engagiert“ teilgenommen.

Nach erfolgreichem Abschluss der Schulungen haben die Integrationslotsinnen ihr Quartier im Bauhof des Caritasverbands Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. bezogen. Einmal wöchentlich für drei Stunden stand Projektleiterin Aysegül Güler dort als

direkte Ansprechpartnerin zur Verfügung. Außerhalb dieser Sprechzeiten war sie für Klientinnen und Klienten über eine Mobilnummer erreichbar. Von ihr wurden die Klientinnen und Klienten, abhängig von Nationalität und Sprache, an die Integrationslotsinnen, deren Telefonnummern geheim blieben, weitervermittelt. Die Integrationslotsinnen haben sich weiterhin regelmäßig zu Fallbesprechungen getroffen.

Ergebnis

Die Bilanz des Lotsinnenprojekts ist durchgehend positiv. 11 ehrenamtliche Lotsinnen haben mit großem Engagement nicht nur an den Schulungen teilgenommen, sondern diese durch das Einbringen eigener Ideen und das Formulieren von Interessenschwerpunkten aktiv mitgestaltet. Im Rahmen der Lotsinentätigkeit im Anschluss an die Fortbildung wurden 65 Personen begleitet und mit Mitarbeitern von 39 verschiedenen Einrichtungen in Wiesbaden zusammen gearbeitet.

Die Lotsinnen haben durch die in den Schulungen vermittelten Inhalte ihre Selbsthilfepotenziale gestärkt und ihre Lebensperspektive erweitert. Sie haben Informationen über Teilnahmemöglichkeiten in der Gesellschaft erhalten und haben diese über ihre Lotsinentätigkeit an andere Migrantinnen und Migranten weitergegeben. Bei den Lotsinnen hat die Arbeit zu einer Steigerung des Selbstbewusstseins geführt, da sie für ihre Arbeit viel Anerkennung aus der Politik, aus den Einrichtungen, mit denen sie zusammenarbeiten, von Kooperationspartnern, der Presse und vielen anderen Menschen erhalten haben. Sie sind als Lotsinnen mit ihren Stärken anerkannt. Einige haben ihre Lebensperspektive neu überdacht und ihren Lebensweg aktiv neu gestaltet, indem sie an anderen Projekten teilgenommen haben, selbst Projekte und Initiativen durchführen oder in die Berufstätigkeit zurückgekehrt sind. Gleichzeitig erfährt das Ehrenamt durch die starke Anerkennung für die Lotsinnen eine Aufwertung.

Die externen Schulungen und die Teilnahme an Veranstaltungen, die in Kooperation mit anderen Trägern durchgeführt wurden, haben die Lotsinnen bestehende Angebote im Stadtteil

kennen gelernt und die Zusammenarbeit mit ihnen eingeübt. Es lässt sich sagen, dass sich positive Impulse in Bezug auf die interkulturelle Zusammenarbeit in der Stadt ergeben haben. Die Lotsinnen wurden von Beginn an auch von Ämtern und Einrichtungen, z.B. dem Amt für Soziale Arbeit oder Kindertagesstätten nachgefragt. Projekte und Einrichtungen kooperieren stärker miteinander z.B. aufgrund des durch das Projekt initiierten Informationsaustauschs örtlich relevanter Einrichtungen. Im Anschluss an das Modellprojekt gründeten die Lotsinnen und noch weitere engagierte Migrantinnen im Rahmen eines Kleinprojektes bei Stärken vor Ort den Interkulturellen Migrantinnenverein MigraMundi e.V. Der Caritasverband plant, das Lotsinnenprojekt mit der Unterstützung des Vereins fortzusetzen.

6.2 Integration durch Sport

Sport spiegelt die Vielfalt der Gesellschaft wieder

Der Sport in seiner über Vereine organisierten Form ebenso wie in vereinsungebundenen Aktivitäten spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft wieder. Sportliche Aktivitäten verbinden Aspekte der gesundheitlichen Prävention und Integrationsmöglichkeiten im sozialen Miteinander und der kulturellen Auseinandersetzung über anerkannte Regeln.

Im bisherigen Integrationskonzept standen die gesundheitlichen Präventionsaspekte des Sports im Vordergrund

Im Steuerungskreis Gesundheit (s. Kapitel 5.5) und im Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden war das Thema Sport bisher eher ein Randthema. Mit Ausnahme des Projektes „Start - Sport überwindet Hürden“ mit Beginn an der Anton Gruner Schule in 2007 unter dem Motto „Familien bewegen“ lag der Schwerpunkt der Aktivitäten im Bereich Gesundheit auf der Information und Prävention zu Gesundheitsthemen. Auch beim Projekt „Familien bewegen“ stand der gesundheitliche Aspekt im Vordergrund. Ziel war es, Familien - besonders diejenigen mit adipösen Kindern - zu mehr körperlicher Bewegung anzuregen. Bei der Weiterentwicklung und mit Beginn des Projektes „Start - Sport überwindet Hürden“ rückten neben gesundheitlichen Aspekten weitere integrationspolitisch interessante Fragestellungen in den Fokus der Aufmerksamkeit. Neben den

Finanzielle Förderung der Integrationsarbeit in Kinder- und Jugendabteilungen der Wiesbadener Sportvereine 2006 - 2009 bereitgestellt

Integrationspotential und Integrationskraft des Sports ist noch nicht ausgeschöpft

Diskussion bei der Integrationskonferenz 2009 führt zur Forderung, Gesundheit und Sport in einem Handlungsfeld mit jeweils eigener Zielsetzung zusammenzufassen.

Aspekten der gesundheitlichen Prävention waren dies Fragen nach der Transparenz, der interkulturellen Öffnung und der strukturellen Integration von Migrantinnen in bestehende Turn- und Sportvereine, nach der Notwendigkeit von kultur- und geschlechtsspezifischen Sportangeboten, nach der vorhandenen interkulturellen Kompetenz bei Übungsleitungen und nach der notwendigen Vernetzungsstruktur, um insbesondere Migrantinnen zu erreichen.

Parallel wurden für die beiden letzten Doppelhaushalte 2006/2007 und 2008/2009 jeweils 50.000,- € für die Bezuschussung einer kontinuierlichen Integrationsarbeit in den Kinder- und Jugendabteilungen der Wiesbadener Sportvereine eingestellt. Als Berechnungsgrundlage für die Zuschüsse dienten Angaben zur Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund / ausländischer Staatsangehörigkeit, die jeweils dazugehörige Zahl der Mitglieder im Kinder- und Jugendbereich sowie die beim Landessportbund Hessen gemeldete Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen des Vereins.

Bei den vereinsungebundenen Sportaktivitäten, insbesondere bei den Angeboten der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (Bsp: Soccer-Night), sind überwiegend Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bei den Nutzern vertreten. Ergänzend liegt im bürgerschaftlichen Engagement in den Sportvereinen ein alltagspolitisches Integrationspotential.

Diese Integrationspotentiale und die Integrationskraft des Sports werden jedoch noch nicht systematisch durch entsprechend gezielte konzeptionelle und finanzielle Förderung für die Integrationsarbeit genutzt.

Bei der Integrationskonferenz im Juni 2009 fand eine erste Bestandsaufnahme unter den Fragestellungen „Was sind die zentralen Herausforderungen?“, „Was können wir auf lokaler Ebene tun?“ und „An welchen Stärken können wir ansetzen?“ in einer Arbeitsgruppe statt. Die dort diskutierten Ergebnisse³ führten zu der Forderung, in der Fortschreibung des Integrationskonzept-

³ Landeshauptstadt Wiesbaden, Einwohner- und Integrationsamt (Hrsg.): Dokumentation Integrationskonferenz 2009, Seite 57-61

tes für 2010-2014 das Handlungsfeld Gesundheit um den Themenbereich Sport mit eigener Zielsetzung zu erweitern. Die Steuerung der Umsetzung soll durch eine veränderte Teilnehmerstruktur und Umbenennung des Steuerungskreises Gesundheit in Gesundheit und Sport erfolgen.

Diese Anregungen wurden aufgenommen und sind mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.11.2009 Bestandteil des Integrationskonzeptes 2010 - 2014.

Erreicht werden soll eine systematische Nutzung der Integrationspotentiale des Sports bei der sozialen und kulturellen Integration und eine regelmäßige Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen.

Festlegung von Handlungszielen für die nächsten 5 Jahre im Integrationskonzept 2010 - 2014

Als Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre wurden definiert:

1. Die Infrastruktur an (geschützten) Räumen für Migrantinnen und Angebote zur Sportausübung sind bedarfsangemessen verbessert bzw. ausgeweitet (z. B. Fortführung des Projektes "Start - Sport überwindet Hürden").
2. Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme (quantitativ und qualitativ) werden in Kooperation mit den Wiesbadener Sportvereinen Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz und der sozialen und kulturellen Integration geplant und umgesetzt.
3. Die Öffnung überwiegend monoethnischer Sportvereine hin zu Mehrsportvereinen wird gefördert.
4. Freiflächen für vereinsungebundene Sportaktivitäten stehen in zunehmendem Maße insbesondere in den dicht besiedelten Innenstadtbereichen zur Verfügung.

7 Wiesbadener Integrationspreis

Verleihung des Wiesbadener Integrationspreises

Am 01.09.2009 verlieh Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller im Rahmen der Eröffnungsfeier zur "Interkulturellen Woche" den im Jahr 2009 zum dritten Mal ausgelobten Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden an das Beteiligungsprojekt „Knast trotz Jugendhilfe?“.

Die Preisträger

Im Dezember 2000 startete das ehrenamtliche Projekt in der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden. Hier verbüßen auch viele junge Straftäter mit Migrationshintergrund aus Wiesbaden ihre Strafen. Es handelt sich dabei meistens um junge Erwachsene Anfang zwanzig. Gemeinsam mit dem Leiter des Projektes, Herrn Arnd Richter, erarbeiten sie Botschaften an die städtische Jugendhilfe und die städtische Jugendpolitik, die die jugendlichen Strafgefangenen mit ihren Erfahrungen begründen können. Diese von den Inhaftierten bildnerisch und textlich gestalteten Botschaften werden in die jugendhilferelevanten Gremien der Stadt weiter geleitet.



Inhaltlich im Mittelpunkt des Beteiligungsprojektes steht die Wahrnehmung, dass die Erfahrungen junger Strafgefangener mit ihren Lebenswegen ins Gefängnis eine Ressource für eine innovative und präventive Jugendhilfe sein können.

Insgesamt wurden 16 Bewerbungen für den Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden eingereicht. Diese haben erneut gezeigt, wie vielfältig, fantasievoll und mit welchem großem Engagement Integrationsarbeit in dieser Stadt geleistet wird.

Der Integrationspreis ist mit 2.500,00 € dotiert und wird jährlich an Privatpersonen sowie Vereine, Verbände, Institutionen oder Initiativen aus Wiesbaden verliehen, die im Bereich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund herausragendes Engagement bewiesen haben. Vorschlagsberechtigt sind alle Wiesbadener Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben. Eigenbewerbungen sind möglich. Eine unabhängige zwölfköpfige Jury entscheidet über die Verleihung des Integrationspreises.

8 Mädchen, Frauen und Integration

Das Integrationskonzept legt für die Integrationsarbeit einen besonderen Fokus auf die Zielgruppe der Mädchen und Frauen. Die vielfältigen vorab in den verschiedenen Handlungsfeldern dargestellten Projekte zeichnen sich durch zielgruppenspezifische Ansätze aus und greifen damit insbesondere die Belange von Mädchen und Frauen auf.

Im folgenden werden zwei Bereiche dargestellt, in denen die interkulturelle Arbeit für Mädchen und Frauen in besonderer Weise im Vordergrund stehen:

8.1 Interkulturelles Frauennetzwerk

Unter gemeinsamer Geschäftsführung des Kommunalen Frauenreferats, des Caritasverbandes und des Einwohner- und Integrationsamtes wurde in 2007 das interkulturelle Frauennetzwerk gegründet. Diesem Netzwerk gehören ca. 40 Vertreterinnen von Fachberatungsstellen für Mädchen und Frauen sowie Fachfrauen sozialer Einrichtungen und Migrantenselbstorganisationen an.

Ziele

Dieses Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, sich in Fachtagungen mit ausgewählten Fragestellungen intensiv zu beschäftigen und sich darüber hinaus besser zu vernetzen und auszutauschen.

Integrationspolitische Neuausrichtung auf Bundes- und Landesebene: Migrantenorganisationen verstärkt einbinden

In 2009 standen die weitere Vernetzung und vor allem der fachliche Austausch der Teilnehmerinnen des Netzwerks im Vordergrund. Aufgrund der integrationspolitischen Neuausrichtung in den letzten Jahren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene im Hinblick auf eine verstärkte Einbindung von Migrantenselbstorganisationen in die Integrationsarbeit, wurde die Fachtagung 2009 dazu genutzt, sich mit der Arbeit einer seit 1998 in

Bremen bestehenden Migrantinnenorganisation, dem Migrantinnenrat Migra Bremen e.V. zu beschäftigen.

*Fachlicher Austausch mit Migra
e.V. aus Bremen*

Zu der Sitzung am 30.04.2009 im Wiesbadener Rathaus wurden zwei Referentinnen von Migra eingeladen, die dem Netzwerk die Arbeit des Vereins in Bremen vorstellten. Der Verein ist ein Zusammenschluss von engagierten Frauen aus verschiedenen Ländern mit unterschiedlicher religiöser und politischer Ausrichtung.

Migra ist in Bremen als Projektträger anerkannt und führt verschiedene Projekte, zum Teil in Kooperation mit der Senatorin des Bremer Senats für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales durch.

8.2 Frauenarbeit im Stadtteil und Moscheevereinen

Internationales Frauenfrühstück in Erbenheim

Es hat sich gezeigt, dass bei Frauen mit Migrationshintergrund ein hohes Maß an Potentialen und vor allem an Bereitschaft sich aktiv einzubringen und die Stärkung ihrer Handlungskompetenzen im Alltag selbst in die Hand zu nehmen vorliegt. Bereits im Jahr 2008 entwickelte sich aus dieser Initiative heraus ein Kooperationsprojekt mit dem Caritasverband Rheingau-Taunus e.V. mit Förderung des Einwohner- und Integrationsamtes. Im Rahmen dieses Projektes wurden neben frauenspezifischen Angeboten, Veranstaltungen zu den Themen Erziehung und Gesundheit durchgeführt. Nicht zu unterschätzen bei diesem Projekt ist die Multiplikatorinnenfunktion dieser Frauen sowie ihr hohes Engagement für die Verbesserung des Zusammenlebens im Stadtteil durch Teilnahme an der Stadtteilkonferenz, Gespräche mit dem Ortsbeirat, der Kooperation mit den Kirchengemeinden etc.

Voraussichtlich wird das Engagement dieser Frauen in die in Erbenheim entstehende Struktur des KiEZ eingebunden und ist

ein weiteres Beispiel für gelungene Integration in Regelstrukturen.

Frauenarbeit in Moscheevereinen

In einigen Moscheevereinen hat sich mittlerweile eine sehr aktive Frauenarbeit etabliert. In der Gemeinde in Mainz-Kostheim hat sich aus dem aus dem Christlich-Islamischen Dialog der Frauen, der gemeinsam mit der Kath. Kirchengemeinde St. Elisabeth durchgeführt wird, ein nachhaltiger Arbeitszusammenhang entwickelt. Hier werden regelmäßig Veranstaltungen zur Pflege guter Nachbarschaft und der Intensivierung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs sowie Informationsveranstaltungen zu frauenspezifischen Themen durchgeführt.

Auch in der Tauhidgemeinde arbeitet eine Frauengruppe, die sich mittlerweile an diversen städtischen und anderen Veranstaltungen beteiligt, verschiedene Vorträge zu integrationsrelevanten Themen und ein regelmäßiges Frauenfrühstück durchführt. Hier wird besonderer Wert auf die Vernetzung mit anderen Trägern und Organisation der Stadt gelegt.

Vertreterinnen der Frauengruppen sind in verschiedene Gremien, Arbeitszusammenhänge und Projekte eingebunden. So waren sie beispielsweise Teilnehmerinnen an der Integrationskonferenz im Juni 2009, einige wirken mit im Projekt MUSE-Muslimische Seelsorge oder bringen sich in Stadtteilkonferenzen oder dem interkulturellen Frauennetzwerk ein.

Vor dem Hintergrund, dass weitere neue islamische Gemeinden die Absicht erklärt haben, die Integrationsvereinbarung zu unterzeichnen ist zu erwarten, dass das Spektrum an Frauen- und Mädchenarbeit in diesen Kontexten vielfältiger und sich weiter entwickeln wird.

Impressum

Herausgeber:
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Zuwanderung und Integration
Integrationsabteilung
Alcide-de-Gasperi-Straße 2
65197 Wiesbaden